Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
Redaktion und Verwaltung: Drag 12., Neftkánka 15 • Telefon: 26793, 31400 • (Nachredaktion): 26797 • DeMofordoml: 37544

11. Jahrgang.

Dienstag, 13. Oktober 1931

Nr. 238.

Starke Goldabzüge aus New York.

Washington, 11. Oktober. (Reuter.) Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben seit Ende September Gold im Werte von über 145 Millionen Dollar (über 4½ Milliarden Kronen) ausgeführt, und zwar hauptsächlich nach Frankreich. Für weitere 85 Millionen Dollar Gold wurde für die ausländischen Zettelbanken reserviert. Der Goldabfluß im heutigen Jahr wird auf eine halbe Milliarde Dollar (17 Milliarden Kronen) geschätzt. Man glaubt, daß weitere Goldsendungen ins Ausland folgen werden.

Paris, 11. Oktober. Der New Yorker Berichtskalter des „Petit Parisien“ teilt mit, daß die Vereinigten Staaten allein am Samstag 69 Millionen Dollar (etwa 2,3 Milliarden Kronen) eingebüßt hätten. Der größte Teil dieser Summe sei nach Frankreich gegangen. Die öffentliche Meinung Amerikas sei „mehr enttäuscht als beunruhigt“ über dieses Sinken des Vertrauens Europas in den Dollar.

RR verlängert Reichsbankkredit.

Berlin, 12. Oktober. (Wolff.) Von unabhängiger Stelle wird mitgeteilt: Der Verwaltungsrat der RR hat beschlossen, den an die Reichsbank gewährten und am 4. November fälligen Kredit in Höhe von 25 Millionen Dollars auf drei Monate, d. h. bis 4. Februar 1932 zu verlängern. Die Leitung der RR wird nunmehr mit den am Reichsbankkredit beteiligten Zentralnotenbanken Frankreichs, Englands und Amerikas in Verbindung treten, damit diese Banken eine Verlängerung ihrer in gleicher Höhe übernommenen Anteile für den gleichen Zeitraum vornehmen.

Auch der der Oesterreichischen Nationalbank gewährte Kredit wurde für drei Monate verlängert. Ebenso wurde ein der Jugoslawischen Nationalbank vor zirka drei Monaten gewährter Kredit von drei Millionen Dollars, wovon eine Million von der RR gewährt worden ist, erneuert.

Basel, 12. Oktober. In seiner Radikalsitzung hat der Verwaltungsrat der RR die allgemeine Aussprache über die Währungsfrage, soweit sie in den Bereich der RR einreißt, fortgesetzt und am Schluß seiner Verhandlungen eine Mitteilung hierüber herausgegeben, in der es heißt, daß der Verwaltungsrat die allgemeine Währungsfrage einer Prüfung unterzogen und die Durchführung erwägt hat, die Vertreter der Zentralnotenbanken derjenigen Länder zu einer Tagung nach Basel einzuladen, in denen es notwendig geworden ist. Einschränkungen des Devisenhandels vorzunehmen. Es sollten Mittel und Wege gesucht werden, die Regelung des Devisenhandels in den einzelnen Ländern miteinander in Einklang zu bringen und so Nachteile zu vermeiden, die sich für diese Transaktionen zwischen den einzelnen Ländern ergeben könnten.

Verhärfung der Arbeitskrise auch in Frankreich.

Eine halbe Million völlig, zweieinhalb Millionen teilweise Arbeitslose?

„Le Populaire“, das Pariser Tagblatt der französischen Sozialdemokratie, kommt nun — wie haben kürzlich die ähnliche Schöpfung durch Leon Blum zitiert — in einem von Raymond Poincaré geschriebenen Leitartikel auf Grund der offiziellen Aiffers des Arbeitsministeriums über den Stand der Beschäftigung in den französischen Großbetrieben zu der Berechnung, daß die Krise der Wirtschaft nun auch in Frankreich schon insgesamt in etwa 1,5 bis 2 Millionen Opfer verzeichnen dürfte. Die Zahl der vollständig Arbeitslosen betrage dort demnach bereits mehr als eine Million, zu der weiter zweieinhalb Millionen teilweiser Arbeitsloser kommen. Das Blatt fordert das Arbeitsministerium auf, diese Errechnung richtigzustellen — wenn es dies könne.

Kabinettswechsel in Bulgarien.

Sofia, 12. Oktober. Ministerpräsident Ralnikow ist aus Gesundheitsgründen zurückgetreten. Der König hat seine Demission angenommen und den Minister des Innern, Muttschanow, mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt.

Das Ergebnis von Harzburg:

Vereinigte Reaktion gegen Brüning.

Hjalmar Schachts Dolchstoß gegen die deutsche Währung. — Das Programm der Rechten: Friedrich der Große und Gottvertrauen. — Forderung nach Neuwahlen.

Berlin, 12. Oktober. (Eigenbericht.) Die Tagung der sogenannten nationalen Opposition hat jetzt mit einem Schlag die ungeheure Gefahr enthüllt, in der sich das deutsche Volk befindet. Vor einem Parterre von Schwerindustriellen, Bankleuten, Generalen und Prinzen haben die Hitler und Eugenbergs ihre Reden gehalten. Zuerst sollen vier Anträge durchgesetzt werden, die die Fraktionen der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen sowie drei frühere Abgeordnete der Landvolkpartei getrennt im Reichstag einbringen sollen.

Der erste Antrag lautet: „Der Reichstag entzieht der Reichsregierung das Vertrauen“, der zweite „Der Reichspräsident wird ersucht, den Reichstag anzulösen und Neuwahlen auf Sonntag den 8. November anzuberäumen.“ Der dritte Antrag bezweckt die Aufhebung der Notverordnungen, der vierte verlangt, daß die Zahlung der Polizeilohnzuschüsse an Preußen mit dem 31. Oktober eingestellt wird.

Das ist das Anfangsprogramm der Konterrevolution. Was nachher kommen soll, das konnte man von Fried erfahren: Die Beseitigung der jetzigen Bundesgenossen der Halentreuzler und die Ausrichtung der faschistischen Diktatur nach dem Muster Mussolinis.

Fried erklärte in der nationalsozialistischen Fraktionsitzung, er wisse sehr wohl, daß in der nationalsozialistischen Bewegung auch gewisse Bedenken gegen die Harzburger Tagung vorhanden gewesen seien; aber auch Mussolini habe zunächst koalitionsmäßig vorgehen müssen.

Im Verlaufe dieser Sitzung erschien auch Adolf Hitler

Er gab vor der Fraktion eine Erklärung ab, wie er sagte, nicht, um sie zu heizen zu lassen, sondern damit die „ganze Welt wisse, daß hinter ihr jeder Nationalsozialist steht.“

Der innerpolitische Teil dieser Kundgebung besteht aus neuen, sehr scharfen Angriffen gegen die bisherigen Regierungen. Sie bezeichnet als Ziel der Nationalsozialisten die „Überwindung der inneren Klassengegensätze.“ Sie kündigt weiter dem Bolschewismus und Marxismus den schärfsten Kampf an. Die NSDAP sei entschlossen, die Auseinandersetzung zwischen Bolschewismus und Antibolschewismus in Deutschland mit allen Mitteln bis zur letzten Konsequenz im Sinne der Erhaltung der deutschen abendländischen und christlichen Kultur durchzuführen. Im außenpolitischen Teil erklärt Hitler seine Bereitschaft „zur Erfüllung jeder nichtpolitischen, finanziellen Verpflichtung, die wir als Kaufmann zum Kaufmann angenommen haben.“

In der gemeinsamen Fraktionsitzung, die gegen mittags stattfand, traten dann die Vertreter der beteiligten Richtungen nebeneinander auf. Dr. Fried betonte den Willen, die Macht auf legalem Weg zu gewinnen. Seine Ausführungen wurden durch den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Oberfahren unterbrochen.

Schließlich hat dann noch der frühere Reichsbankpräsident

Schacht

die weiteren Absichten der vereinigten nationalsozialistischen Reaktion bekanntgegeben.

Schacht richtete die heftigsten Angriffe gegen die jetzige Leitung der Reichsbank und behauptete, daß Deutschland eine Währung habe, die nur noch dazu diene, die Mäquität seiner Finanzpolitik und der öffentlichen Hand zu verbergen. Die Reichsbank besitze nur noch einen Bruchteil von reichsbankfähigen Wertsachen und man schleife in die Berechnung der Golddeckung einige hunderte Millionen geliehener Devisen ein, die in Kürze zur Rückzahlung fällig seien.

Diese Behauptung, die sonst als Landesverrat strafrechtlich verfolgt wird, wurde nachträglich aus dem offiziellen Bericht gestrichen. Schacht forderte als Wirtschaftsprogramm der Rechten die Abschaffung des Friedrichs des Großen nach dem Siebenjährigen Krieg, „sich jetzt auf die heimische Wirtschaft

stellen und aus dem heimischen Boden herauszuholen, was nur irgend herauszuholen ist; im übrigen sparen und arbeiten.“

Schacht bekannte sich weiters zur Inflation und damit zur Anhebung der arbeitenden Massen sowie zu einer neuen Enteignung der kleinen Sparer und Rentner.

Diese Ausführungen haben in der arbeitenden Bevölkerung ungeheure Empörung ausgelöst. Die Spitzengewerkschaften aller Richtungen einschließlich der Beamtenbünde traten heute sofort zu einer Sitzung zusammen, in der die Maßnahmen zur Abwehr der Gefahr getroffen wurden, die durch die Umsturzpläne der Reaktion insbesondere für die Lohn- und Sozialpolitik entstanden ist. Die Vertreter der Gewerkschaften werden zuerst beim Reichsminister gegen die sozialpolitischen Abbaupläne protestieren und den schärfsten Kampf gegen die Angriffe der Reaktion fordern. Darüber hinaus werden die Gewerkschaften gemeinsam das Notwendige veranlassen, um das Vordringen des Faschismus zu verhindern.

Ihre größte Sorge. Ein knapp verhüllter Krach.

Aus Harzburg ist überdies noch zu berichten, daß es zwischen den Halentreuzlern und den Stahlhelmlenten wiederholt zu Zusammenstößen gekommen ist und daß die Veranstaltung beinahe mit einem großen Krach geendet hätte.

An der Manifestation nahmen mehrere Hohenzollernprinzen, ferner eine große Zahl von Adligen, ehemaligen Generalen und pensionierten hohen Beamten teil. Bei der Feldmesse, der über 3000 uniformierte Nationalsozialisten und Mitglieder des Stahlhelms bewohnten, kam es zwischen diesen beiden Gruppen zu

Anstimmigkeiten darüber, wer zuerst den Abmarsch vom Versammlungsort antreten solle. Der Streit war so ernst, daß Hitler drohte, er werde an der gemeinsamen Manifestation am Nachmittag nicht teilnehmen.

Es mußte erst am Nachmittag eine Aussprache zwischen Eugenbergs und Hitler stattfinden, damit der Konflikt provisorisch beigelegt und die Sache zu Ende geführt werden konnte. Die Spannung zwischen Stahlhelm und Halentreuzlern dauerte aber weiter an und die gegenseitige Rivalität trat noch mehrmals bei verschiedenen kleineren Zusammenkünften in Erscheinung.

Sozialdemokratische Beratungen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm heute nachmittags den Bericht des Abgeordneten Freisheid über die politische Lage entgegen. In der ausgedehnten Aussprache wurde mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Zusammenkunft in Harzburg der gesamten arbeitenden Bevölkerung die ungeheuren Gefahren aufgezeigt hat, die ihr von der Reaktion drohen. Unter der Führung von Schwerindustriellen, Bankfürsten und Hohenzollernprinzen hätten sich dort alle Kräfte vereinigt, die den Arbeitern, Angehörigen und Beamten die politischen Rechte rauben, ihre Lebenshaltung brutal herabdrücken, die soziale Gleichgültigkeit und das Tarifrecht vernichten wollen. Durch die beabsichtigte neue Inflation würde der gewerbliche Mittelstand und breite Massen der kleinen Sparer und Rentner zum zweitenmal zugunsten der Schwerindustrie und der Großkapitalisten enteignet werden.

Die Fraktion wird ihre entscheidenden Beschlüsse erst in einer neuen Sitzung nach der Rede des Reichsministers am Dienstag fassen.

Wer feindsich genug war, den Sozialismus der Nationalsozialisten noch irgendwie ernst zu nehmen, der wird nach der Harzburger Tagung der vereinigten deutschen Reaktion (bei der ausnahmsweise nur die Kommunisten gefehlt haben) vor seinem Gewissen einen noch schmerzlicheren Stand haben. Adolf Hitler hat sich in Harzburg mit dem Multimillionär und Pressediktor Eugenbergs, mit den Führern des monarchistischen Stahlhelms Selbte und Düsterbergs, aber zum erstenmal ganz offiziell auch mit den Vertretern der Schwerindustrie aus den Reihen der Volkspartei an den grünen Tisch gesetzt. Als der Sprecher der neuen Koalition in Wirtschaftspragen trat nicht Herr Gottfried Feder, sondern der ehemalige Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht auf. Die Nationalsozialisten machten, obwohl sie zahlenmäßig die stärkste Gruppe der Vereinigten Reaktion bilden und ihr das Stimmvieh zutreiben müssen, den Eindruck der Nachläufer. Daß Hitler und sein ganzer „Nationalsozialismus“ nur den Vorpann für die monarchistische und schwerindustrielle Reaktion abgeben, das hat sich in Harzburg in wünschenswerter Deutlichkeit offenbart.

An den Beschlüssen der Tagung überrascht eigentlich nichts. Man mußte von allem Anfang, daß sie die Auflösung des Reichstags und die Ausschreibung von Neuwahlen fordern würde. Der Nationalsozialismus, der ehemals Wahlen und Parlament verhöhnte, ist ja seit dem Vorjahr plötzlich begeisterter Anhänger des Wahlens geworden. Die nächste Tat der Koalition wird ein Mißtrauensvotum gegen das neue Kabinett Brüning sein. Es hat dem Kanzler offenbar nichts gemüht, daß er eine Schreckung bedroht vollzogen hat. Sein Liebeswerben bei der Rechten stößt auf höhnische Ablehnung und die Industrie, die er durch die Aufnahme des Herrn Warnhold in sein Kabinett gewinnen wollte, hält zwei Eien im Feuer; sie war in Harzburg stärker vertreten als in der Regierung.

Was an der Tagung überrascht hat, ist die Rede des ehemaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, der mit seiner Erklärung, die Reichsbank fälsche die Austweife und sei längst bankrott, tatsächlich das verbrochen hat, was die Rechte den Sozialdemokraten zu Unrecht jahrelang vorgehalten hat: Schacht hat einen Dolchstoß in den Rücken Deutschlands geführt. Sein Verstoß, das mühsam wieder aufgerichtete deutsche Kreditssystem zu Fall zu bringen, die deutsche Währung durch eine Panik zu ruinieren, ist ein Verbrechen, ärger als Hochverrat, es verdiente eine exemplarische Bestrafung nach russischem Muster.

Schachts Anschlag auf die deutsche Währung, dessen Ziel nach dem übereinstimmenden Urteil der Wirtschaft und der Politik nur die Ruinierung der Mark und die Inflation sein konnte, muß um so verbrochener wirken, als das Programm, das Herr Schacht in Harzburg im Namen der vereinigten Reaktion entwickelte, alle Kinderleien und Kinderleihen der Diszipliniertheit in den Schatten stellt. Herr Schacht erklärte, die Rechte habe kein anderes Programm als das Friedrichs des Großen nach dem siebenjährigen Kriege! Herr Schacht will also die hochkapitalistische, in die Weltwirtschaft eingespinnene deutsche Wirtschaft mit den Rezepten eines Despoten aus der Feudalzeit heilen, er vergleicht das junkerlich agrarische Preußen

von 1763 mit seinen fünf oder sechs Millionen Einwohnern mit dem kapitalistisch wirtschaftenden Sechzigmillionenstaat von 1931. Es ist tatsächlich der größte Blödsinn, der jemals beanspruchte, ernst genommen zu werden. Im übrigen aber empfindet der Wortführer des Dritten Reichs den Deutschen — Gottvertrauen.

Die Sozialdemokratie wird natürlich

Kapitalistische Arznei.

Nichts charakterisiert die Verschärfung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise mehr als die Tatsache, daß nun auch das reichste Land der Welt, das Herz der kapitalistischen Wirtschaft, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, mit ihrer Landwirtschaft, ihrer Industrie und mit ihren Banken in eine kritische Lage hineingeraten sind. In den ersten acht Monaten dieses Jahres sind in U. S. A. nicht weniger als 932 Banken zusammengebrochen, Farmer, Industrielle und Kaufleute sind zu Hunderttausenden bankrott geworden, Millionen von Arbeitern sind arbeitslos und hungern. Herbert Hoover, der Präsident der Vereinigten Staaten, der im Sommer in die Reparationsfrage eingegriffen und einen einjährigen Aufschub der deutschen Reparationen durchgesetzt hat, um so die Weltwirtschaft zu sanieren, sieht sich nunmehr veranlaßt, durch Eingriffe in das amerikanische Bankwesen die Produktion in den Vereinigten Staaten selbst zu belegen.

Die schwere Erschütterung des amerikanischen Bankwesens hat seine unmittelbare Ursache im Sinken der Aktienkurse. Je weniger die Aktienverhältnisse sind, desto geringer die Dividendenaussichten, desto weniger Aktien werden gekauft. Insbesondere der Rückgang der Grundstümpfpreise und Eisenbahnpapiere haben den Banken Millionenschäden zugefügt. Die forcierte Emissionstätigkeit der Konjunkturjahre — jeder Tag brachte neue Aktien auf den Markt — rächt sich jetzt, alles sucht Aktien zu verkaufen, der Fallstimmung der Hauslage ist der Rapenhammer der Börse gefolgt. Die Banken sind außerstande, die ihnen von ihren Schuldvernehmern, denen sie den Kauf der Wertpapiere mit allen möglichen Versprechungen angetragen haben, angehängten Wertpapiere zu verkaufen, sie haben kein Bargeld, sie werden illiquid. Um nun die Schließung ihrer Schalter und so den offenen Zusammenbruch zu verhindern, verlangen sie von ihren Debitoren (Schuldvernehmern) die geliehenen Kapitalien zurück und diese sind nun gezwungen, ihre Warenlager, Rohstoffe und Fertigfabrikate um jeden Preis loszuschlagen, müssen also entweder Bankrott machen oder verlieren zumindest einen großen Teil des in Waren angelegten Geldes. Vielen Banken gelingt aber die Eintreibung ihrer Schulden nicht, sie geraten in Schwierigkeiten, die Einleger stürmen die Schalter der Banken, kurz der Pleitegeier breitet seine Schwingen über das ganze Land, dem vor zwei Jahren noch die ewige Prosperität verkündet worden war.

Was tut nun Herbert Hoover, der gefeierte Mann der amerikanischen Großindustrie und Finanz, um sein Land und dessen Wirtschaft vor dem Abrollen in den Abgrund zu retten? Er hat darüber mit den Bankiers lange Beratungen gepflogen und legt nun das Ergebnis den Mitgliedern des Repräsentantenhauses vor.

Mit einem Kapital von 500 Millionen Dollar (16,5 Milliarden K^ö) wird eine Azeptbank,

gegen das Mißtrauensvotum der Harzburger Landesverräter stimmen müssen. Ob Brüning dadurch zu retten ist, kann mit Sicherheit nicht gesagt werden. Den Weg zur radikalen Ausschüttung der reaktionären Pest hat sich Brüning durch seine unglückselige Halb- und Halb-Politik selbst verlegt. Er muß nun sehen, wie er sich aus der selbstgelegten Schlinge befreit.

National Credit Corporation, gegründet, deren Aufgabe es ist, die im Besitze der Banken befindlichen Wertpapiere zu belehnen, weil die Notenbanken dies nach ihrem Statut nicht tun können. Dadurch würden die Banken Geld bekommen, sie könnten ihre Einleger bestreuen, ohne daß sie ihre Debitoren zur Rückzahlung von deren Schulden zwingen müßten. Dadurch würden wieder die überstürzten Warenverkäufe und die Insolvenzen aufhören, es würde das Vertrauen des amerikanischen Publikums zur Börse und zur gesamten Wirtschaft wieder hergestellt werden und man könnte so den Tiefpunkt der Krise überwinden.

Noch eine zweite Maßnahme empfiehlt Hoover zur Überwindung der Krise und das ist die elastische Gestaltung der Rediskontierungsvorschriften der amerikanischen Notenbanken, der sogenannten Federal Reserve Banken. Die Banken verschaffen sich nämlich das notwendige Bargeld so wie in Europa, indem sie den Nationalbanken Wechsel präsentieren und die Nationalbank ihnen nach Abzug des Diskonts Noten ausstellt. Für diesen Vorgang bestehen überall bestimmte streng gehandhabte Vorschriften. Die Notenbanken können selbstverständlich nur erstklassige sichere Wechsel diskontieren und in ihr Portefeuille übernehmen. Diese Vorschriften sollen nun in den Vereinigten Staaten, wo es nicht nur eine, sondern mehrere Notenbanken gibt, gemildert und so den Banken größere Barmittel zur Verfügung gestellt werden. Auch diese Maßnahme hat also, wie die Gründung der Azept-Bank, den Zweck, den Banken liquide Mittel zuzuführen und so Zusammenbrüche der Banken und den Ansturm des Publikums auf die Schalter der Banken zu verhindern.

Schließlich wird Hoover anlässlich des Besuchs des französischen Ministerpräsidenten Laval in Washington den Versuch machen, das Problem der Kriegsschulden der Alliierten in Amerika und der Reparationschuld Deutschlands an seine ehemaligen Kriegsgegner einer endgültigen Lösung zuzuführen oder wenigstens das Moratorium, das Deutschland für die Dauer eines Jahres gewährt wurde, zu verlängern.

Ob es Hoover gelingen wird, durch seine Bankpolitik die Krise in Amerika zu mildern und seine Verhandlungen mit Laval die internationale wirtschaftliche Situation zu verbessern, steht dahin. Mag sein, daß es den kapitalistischen Machthabern gelingt, über die augenblickliche Rot der kapitalistischen Wirtschaft hinwegzukommen. Entscheidendes kann zur Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf der ganzen Welt und zur Verhinderung einer neuerlichen noch schwereren Krise nur getan werden durch planvolle Ordnung, welche anstelle des gegenwärtigen Chaos treten müßte. Dazu ist die Bourgeoisie, die nur ihre augenblicklichen Profitinteressen sieht, nicht fähig, es bleibt die Aufgabe des Proletariats. Von der Kraft, Einheit und Geschlossenheit des internationalen Proletariats hängt die endgültige Lösung der Wirtschaftskrise ab.

Ein neues deutsches Prager Montagsblatt.

Rechtsradikal unter lügnerischer Parole.

Schon in der Vorwoche sollten Prag und das deutsche Gebiet der Republik mit einem neuen Blatt „Der Montag“ beglückt werden. Das armselige Ding wurde aber konfisziert und so lernte man es erst gestern kennen. Seine Redaktion scheint Grund zu haben, über Gegenstand und Ursache dieser Beschlagnahme nichts verlauten zu lassen — jedenfalls erfährt man darüber in der zweiten Nummer kein Wort. Was sich aber da für eine „neue Journalistik“ aufgetan hat, zeigt die nun vorliegende Nummer mit aller Deutlichkeit: im Geleitwort spricht dieser „Montag“ von seiner „hochwertigen Sendung“ — er soll nämlich „uns Subtendensien die langersehnte Einigkeit“ bringen! (Das soll durch eine Auflage von „etwa hunderttausend Stück“ besorgt werden.) Die „Deutschen jeder Parteirichtung“ werden aufgefordert, die „hochgestellten, unendlich notwendigen Ziele“ dieses Blattes durch Bezug und Inserate zu fördern — denn „Der Montag“ sei für uns alle „von unübersehbarer Bedeutung“.

Nachdem man so das Programm des Blattes und seine vorbildliche Bescheidenheit, wie sie dem Anfänger zehmt, kennengelernt hat, schreitet man zur Prüfung des Inhalts und ist schon auf der ersten Seite überzeugt, hier ein rechtsradikales Blatt, ein verschämtes und doch wiederum unverhämtes Hitlerblatt vor sich zu haben. Das geht schon aus der Vorrede hervor, mit der dieses angeblich überparteiliche, nach Einigkeit ringende Organ über die Harzburger Tagung berichtet. Und gleich die zweite Notiz beschäftigt sich dann mit einer Tagung des D^öS., — des deutschen nationalen Handlungsgehilfenvereins; so daß man also im Bilde ist, ehe man noch Herrn Oswald Floed als Verfasser der einzigen Buchrezension begegnet, in der das hohe Lied der politischen Diktatur, wie sie sich vorstellen, gesungen wird. Was aber die unpolitische „Geistigkeit“ dieser Zeitung anbelangt, so erhält man darüber Aufschluß durch den Titel „Bestrafte Lanzhüpe“ über jener Meldung, in der berichtet wird, daß ein süßlatwischer Bauer seiner Gattin die Junge mit einem Küchenmesser abgeschneidet hat!

Chefredakteur dieses Montagsblattes ist ein Herr Dr. Jurna, gedruckt wird es bei der deutsch-christlichsozialen „Vita“.

Unseres Erachtens ist dieser „Montag“ eine Totgeburt, die aber immerhin den Zweck erfüllt, aufmerksam zu machen, welche Anstrengungen die deutschen Reaktionäre machen und wie viel Geld sie sich es kosten lassen, durch Falschmeldungen einen Einfluß zu gewinnen, der ihnen bei ehrlicher Firmierung zweifellos erst recht verlagert bliebe. Aber es gehört schon die richtige radikal-antirische Frechheit dazu, unter der Vorspiegelung eines überparteilichen, allen Subtendensien und ihrer Einigkeit dienenden Montagsblattes ein solches Gebräu aus der Küche des Dritten Reichs zu vergarfen. Wohl allen jenen, die es stehen lassen!

Eine zweite Bojar-Affäre?

Der Gemeindefreier von Wiesenberg wegen Defraudation verhaftet.

Nach einer Meldung des „Karodni večernik“ wurde in der Nacht auf Sonntag in einem Olmüher Hotel der Gemeindefreier von Wiesenberg in Währen, Karl Wähler, verhaftet. Wähler, der auch Direktor der Wiesenberg-

Sparkasse ist, gestand, seit dem Jahre 1915 durch betrügerische Machinationen 460.000 K defraudiert zu haben. Seine Amtstätigkeit wurde, da er allgemeines Vertrauen genoss, nicht kontrolliert. Wähler, welcher nach dem Verhör in die Haft beim Kreisgericht in Olmütz eingeliefert wurde, ist 53 Jahre alt, verheiratet und Vater von vier Kindern.

Steigen der Arbeitslosigkeit.

Statistik des Arbeitsmarktes im September 1931.

Die Anzahl der Arbeitslosen in der Tschechoslowakischen Republik, bzw. die Anzahl der von den Arbeitsvermittlungsanstalten nicht untergebrachten Arbeitswerber betrug nach den vorläufigen Feststellungen des Ministeriums für soziale Fürsorge 228.383 (im Monat August nach den endgültigen Ergebnissen 215.040). Es ist also im Monat September die Arbeitslosigkeit gestiegen.

Das Legionärblatt zum Fall Horat.

Interessant ist, daß auch das „Karodni Oprobnoženi“, das Blatt der Legionäre, gegen den fieschenden Mörder Horat Stellung nimmt. Es schreibt: „Auch heute könnte man leicht feststellen, daß die ungeheure Anzahl der Legionäre ein Verhalten, wie es Horat an den Tag legt, streng beurteilen und verurteilen würde, insbesondere dann, wenn er sich etwas von dem Geld der erschossenen Opfer behalten hat. Unser Berichtsjahreter hat gleich eingangs seines Berichtes gesagt, daß die Tat unentschuldigbar war und ist und damit hat er auch die Meinung der Legionäre zum Ausdruck gebracht. Wenn die Tat nicht an Ort und Stelle bestraft wurde und der Vorfalle ohne Schuld der tschechoslowakischen Justiz schon das dreizehnte Jahr sich hinzieht, kann man in Ruhe erleichternde Umstände erwägen, aber die Ehre des tschechoslowakischen Freiheitskrieges und die Ehre unserer heutigen Armee verlangt heute wie früher, es möge nichts geschehen, woraus man schlußfolgern könnte, daß wir unter unseren Soldaten grobe Willkür oder gar Raubfucht zu dulden bereit wären.“

Venes über den Kapitalismus. Auf dem Kongress der tschechischen nationalsozialistischen Metallarbeiter hielt Minister Dr. Venes eine Rede, in der er darauf hinwies, daß seit Beendigung des Weltkrieges die internationale Situation nie so schwierig gewesen sei wie jetzt. „Es ist Tatsache, daß man niemals so mächtig wie jetzt gefühlt hat, daß die Welt sich von Grund aus in sozialer Hinsicht ändert... Die Situation ist heute eine solche, daß auch die ersten Repräsentanten der bürgerlichen Welt sich sagen müssen: „Wir stehen einer Anarchie der Erzeugung gegenüber, dem Kampfe zwischen den Staaten um den Absatz, dem Kampfe um ein Stückchen Brot. Und alle müssen sich die Frage vorlegen, ob dieses System nicht am Ende seiner Kräfte ist. Wir treten in eine Periode ein, da alle Probleme revidiert werden. Die Ereignisse treiben die Welt nach links, die Gesellschaft entwickelt sich rasch nach links... Unser Weg wird erfolgreich sein, wenn wir die Demokratie erhalten können. Wir müssen trachten, auf der Höhe zu sein, damit wir die Gesellschaft umändern können.“

Der Prozeß Schwamberger-Kupleni.

Bei der Verhandlung am 12. Oktober beim Kreisgericht in Bilzen wurde kein Urteil gefällt und die Verhandlung auf den 30. November vertagt. Selbst die von Schwamberger vorgeschickten fünf Zeugen mußten bestätigen, daß der kommunistische Senator Schwamberger beim Glaschleiferstreik im Jahre 1908 vom ersten Tage an sich unter den Streikbrechern befunden hat.

Der Traumlenker

Roman von Hermynia Zur Mühlen.

Pöglig überfiel Peter eine unendliche Traurigkeit. Nun wußte er schon, daß alles, was er dem Generaldirektor des Stahlwerks gesagt hatte, nur Phraserei gewesen war. Er, Peter Brenn, glaube an keinen Traum, glaube an keine Gerechtigkeit. Er sah die Puppen tanzen, Puppen, die keine Seele hatten, er sah die Schüre, an denen sie hingen. Woju das Ganze?

Der Nachmittags sank in den Abend hinüber. Im Zwielicht leuchteten faß die Bogenlampen. Der feuchte Asphalt glänzte.

Peter ging in eine Bar und legte sich an einen Tisch. Er bestellte ein Glas Cognac nach dem andern, doch es gelang ihm nicht, betrunken zu werden. Nach dem zwölften Glas war er nüchterner denn je.

Weshalb hatte er den dummen Streit mit dem Generaldirektor des Stahlwerks gehabt? War es denn nicht einerlei, was aus Gabriel Klinker wurde? War denn nicht alles einerlei?

Er dachte an Herrn Friedrich Müller, der zu der Welt sprach, und dem die Welt lauschte, und lachte. Er dachte an Diane in Felix Halperns Armen, und lachte so laut, daß die Gäste ringsum erschrocken zu ihm herüberblickten.

Der Kellner brachte ihm den dreizehnten Cognac. Er hatte ein altes, müdes Gesicht und tiefschwarzes Haar.

„Warum färben Sie Ihr Haar?“ fragte Peter.

Der Kellner sah ihn erschrocken an. „Nicht so laut, mein Herr, bitte. Ich muß es färben. Alle Kellner werden nicht eingestell. Und ich habe fünf Kinder.“

Er blickte Peter lebend an.

Dem verging das Sagen.

„Verzeihen Sie.“

Der Kellner betrachtete den seltsamen Gast. „Bitte, mein Herr. Ich weiß, es war nicht böse gemeint. Ja, mein Herr, ich bin ein alter Mann. Darf ich Ihnen etwas sagen? Trinken Sie nicht mehr, davon vergeht der Kummer nicht.“

Peter blickte verblüfft den fremden Mann an, der für einen Fremden gute Worte fand.

„Ich danke Ihnen. Darf ich Sie etwas fragen?“

„Gleich, mein Herr, ich werde drüben gerufen.“

Er eilte zum Nebentisch; seine müde Stimme tönte hinüber: „Zwei Cognacs, ein Paar Würstel macht drei zwanzig. Danke.“

Er kam zurück.

„Sie wollten etwas wissen, mein Herr?“

„Wovon träumen Sie?“

„Das alte Gesicht erhellte sich.“

„Von der Zukunft meiner Kinder. Der Kellner studiert, er ist so fleißig, der brave Junge.“

„Und Sie, für sich selbst verlangen Sie nichts?“

„Mein Gott, selbstverständlich kommen die Kinder zuerst.“

Ein verwirrter Peter drückte einem völlig verblüfften Kellner zehn Mark Trinkgeld in die Hand und trat auf die Straße hinaus.

Immer, wenn er fest glaubte, die Menschen hassen und verachten zu können, lief ihm einer in den Weg, der ihm Achtung und Teilnahme abrang. Heute der alte Kellner, neulich Babett.

Ja, Babett, vielleicht würde er sie finden. Vielleicht konnte ihre kindliche schlichte Güte ihm abermals Vergessen schenken.

Er bog in die breite, hellerleuchtete Straße ein, wo die Mädchen sich feilschten. Vor einem Kino stand Babett im Gespräch mit einem älteren biden Mann, der ein sorgenvolles Gesicht hatte.

Peter winkte ihr.

„Kommst du mit mir?“

Babett runzelte die Brauen.

„Ich kann nicht, Peter, mein Möbelhändler.“

„Ich geb dir hundert Mark. Wieviel gibt er?“

„Zehn.“

Babett machte ein betrübtes Gesicht.

„Ich hab es ihm versprochen. Der arme Kerl hat so viel Sorgen. Eine Firma ist verkracht, die ihm viel Geld schuldet. Sei nicht böse auf mich. Ein anderes Mal.“

Vielleicht war Peter dennoch betrunken, denn er hatte plötzlich die Augen voller Tränen. Er wußte, was der sparsamen kleinen Seele vor ihm hundert Mark bedeuteten; aber sie opferte sie, ohne zu zögern, weil der „arme Kerl Sorgen hatte.“

Dabeim angelangt warf sich Peter auf sein Bett. Ein einziges Gefühl vertrieb alle andern. Er vergrub den Kopf in den Kissen:

„Diane, Diane!“

Ein warmer, kleiner Körper schmiegte sich an ihn, eine warme feuchte Junge fuhr zärtlich über sein Gesicht.

Peter Brenn schlang beide Arme um Maul, der beglückt die feuchte Schnauze in seinen Hals vergrub, und begann zu weinen wie ein kleines Kind.

Zehntes Kapitel.

Kampfanfrage.

Die Post brachte Peter Brenn einen eingeschriebenen Brief, der ihn in Erstaunen versetzte.

„Sehr geehrter Herr Brenn, unser geistiges Gespräch hat in mir den Eindruck hinterlassen, daß Sie ein ungewöhnlich begabter und kluger junger Mann sind, und daß es schade ist, wenn Sie Ihre außergewöhnlichen Talente vergeuden.“

Ich würde mich freuen, Sie in meinen Werken an leitender Stelle beschäftigen zu können.

Durch einen glücklichen Zufall ist eben jetzt

ein Posten frei geworden, für den Sie sich vorzüglich eignen würden. Das Jahresgehalt beträgt hundertzwanzigtausend Mark.

Ich hoffe, daß Ihnen mein Angebot angenehm erscheinen wird und erwarte von Ihnen eine baldige Antwort.

Mit vorzüglicher Hochachtung,
Edmund Brohmer.

Peter Brenn grinst, als er das Schreiben vor sich auf den Tisch warf. Also Bestechung, eine regelrechte Bestechung. Hundertzwanzigtausend Mark im Jahr; eine schöne Summe. Wieviel mochte Gabriel Klinker dem Stahlwerk wert sein?

Peter empfand keine Entrüstung über den Vorschlag; er gestand sich aufrichtig, daß er vor einigen Monaten, um Liones willen, vielleicht auf ihn eingegangen wäre. Damals hätte es sich gelohnt, sich zu verkaufen. Und was ging ihn letzten Endes Gabriel Klinker an, ein Schwächling, ein Renegat? Ja, aber einer, der unter seiner Schwäche und seinem Verrat litt, den das Gefühl des begangenen Unrechtes nicht ruhen ließ.

Vielleicht hatte auch er eines Tages einen solchen Brief erhalten, hatte geschwankt, gezögert, und dann war die Frau dazu gekommen, und Gabriel Klinker hatte ihr zuzusehen den Verrot begangen.

Peter zündete sich eine Zigarette an und blickte den blauen Rauchstreifen nach, die durch das winterdunkle Zimmer flatterten. Er war nicht wie Gabriel Klinker, der eine Ueberzeugung verknagten mußte, er glaubte an nichts, er haßte und verachtete die Menschen. Es mochte ihm Spaß, mit ihnen zu spielen, seine Macht an ihnen zu erproben. Aber war es denn ein Beweis der Macht, wenn er die Menschen, die zu ihm kamen, tanzen ließ, wie es ihm beliebte? Er sah sie in ihrer Schwäche, in ihrem hilflosen Ringen um etwas Verlorenes oder nie Gewonnenes. Sie waren keine ebenbürtigen Gegner.

(Fortsetzung folgt.)

Die deutsche Krise.

Von Leon Blum.

Die Nachrichten aus Deutschland sind ernst, außerordentlich ernst. Die Währungs- und Kreditkrise hat eine neue Verschärfung erfahren; die Offensive gegen die Sozialgesetzgebung verstärkt sich.

Die Verschlechterung des Status der Reichsbank ist besorgniserregend, aber in Tat und Wahrheit bietet sie nichts Überraschendes. Wir haben in den letzten zwei Monaten stets von neuem betont, wir haben es bei dem Berliner Besuch der französischen Minister wiederholt, daß sich in Deutschland nichts geändert hat, daß die Lage ebenso furchtbar ist, wie sie im Juli war, ebenso nahe der Katastrophe wie damals und daß sie immer noch lauffähige und wirksame Hilfe erfordert.

Das Rotatorium, das die ausländischen Gläubiger auf Veranlassung des Basler Komitees gewährten, die drastischen Maßnahmen der deutschen Regierung, um Sparparnisse zu erzielen, Einschränkungen durchzuführen und eine wirksame Kontrolle ausüben zu können, ermöglichten es in den vergangenen Wochen, den Zusammenbruch aufzuhalten. Andererseits haben die Ereignisse in England die Aufmerksamkeit abgelenkt. Dank jenem Gemisch von Optimismus, von Leichtsinne und Unwissenheit, das das Leben so bequem macht, haben unsere großen Staatsmänner geglaubt, das deutsche Drama sei nun zu Ende. Und nun wiederholt es sich mit plötzlicher Intensität, nun droht wieder die Gefahr in all ihrer furchtbaren Wirklichkeit.

Was hat man getan, um ihr zu begegnen? Zweifellos stellt man jetzt in den zuständigen Ministerien die Bitte der Beamten und Großunternehmer zusammen, welche die deutsch-französische Studienkommission bilden werden! Wenn die Zeiten nicht so schwer wären für Millionen armer Menschen, so könnte man wirklich darüber lachen.

Die Tatsache springt in die Augen, daß nur eine entschlossene internationale Aktion der Staaten, die sich auf alle Gebiete der europäischen Wirtschaft erstreckt, den Gefahren Einhalt zu gebieten vermag. Nur die französische Initiative kann dieser Aktion eine Richtung geben. Und daher werden wir niemals aufhören, unsere Regierung zur Verantwortung zu ziehen. Aber gleichzeitig mit dieser Hilfsaktion der Staaten muß die internationale Abwehrbewegung des Proletariats gegen die Angriffe des Unternehmertums ins Werk gesetzt werden.

In Deutschland wie in England mißbraucht das Unternehmertum die Krise, die es selbst verschuldet hat, zum Kampf gegen die Sozialgesetzgebung. In Deutschland wie in England wird die Arbeitslosenversicherung angegriffen und verschlechtert. Unter dem Vorwand, die Anwendungen der Versicherungsleistungen den Einnahmen anpassen zu müssen, wird die Bezugsdauer der Unterlieferungen eingeschränkt. Morgen werden die Tarifverträge an die Reihe kommen. Ueberall bereitet sich die Welle des Lohnabbaus. Es ist das Ultimatum der Unternehmerverbände, das hier ausgeführt wird. In jedem Lande, auf jedem Gebiete bemüht sich das Unternehmertum mit einem selbstamen Gemisch von Unverschämtheit und Starrköpfigkeit, aus der allgemeinen Unordnung und Verwirrung eine Zurückdrängung der Sozialgesetzgebung, des sozialen Fortschritts herauszuholen.

Die Regierungen zur Hilfeleistung, zur Organisationsarbeit zu zwingen, dem Unternehmerrangriff auf die Lebenshaltung des Arbeiters und auf die Sozialgesetzgebung auf allen Abschnitten der internationalen Front zu widerstehen — das ist heute die doppelte Aufgabe der sozialistischen und Gewerkschaftsbewegung. Wir wissen, wie schwer und mühsam sie ist, aber wir werden nicht verlagen.

Das Ende des Kapitalismus.

Die Prophezeiung des Bankgouverneurs.

Das Mitglied des englischen Unterhauses Wilfred Dillido hat im New Leader vom 25. September einen Brief zitiert, den der Gouverneur der Bank von England, Montagu Norman, an den Direktor der Bank von Frankreich, M. Morel, gerichtet hat:

„Wenn nicht dringende Maßnahmen zu seiner Rettung ergriffen werden, wird das kapitalistische System über die ganze zivilisierte Welt hin binnen einem Jahr zerbröckeln sein. Ich möchte, daß diese Voraussage zu den Allen genommen wird, damit in zukünftiger Zeit auf sie Bezug genommen werden kann.“

Also — der Gouverneur der nach New York und Paris größten Geldfestung der Welt erklärt, daß das kapitalistische System spätestens in einem Jahr bankrott gemacht haben wird! Dabei ist Mister Norman niemals in seinem Leben Sozialist gewesen, sondern lediglich ein Geld- und Geschäftsmann.

Der Kohlenstand in Harbin. Wir haben dieser Tage eine Nachricht des „Bravo Lidu“ übernommen, wonach bei Kohlenlieferungen an die Staatsbahnen Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, die darin bestanden, daß billigere Kohle eines Schachtes in Harbin, als teurere Kohle eines anderen Schachtes deklariert und an den Staat verkauft wurde. Diese Nachricht wurde nun von der betreffenden Firma im „Bravo Lidu“ mit Hilfe des § 19 des Preigesetzes berichtigt. Demgegenüber hat das Oberstaatsministerium dem „Bravo Lidu“ mitgeteilt, daß die veröffentlichten Tatsachen der Wahrheit entsprechen.

Heiße Situation in Genf.

heute Ratstagung über den chinesisch-japanischen Konflikt.

Genf, 12. Oktober. Der Vertreter Chinas im Völkerbund Dr. Sze hat dem Generalsekretär des Völkerbundes mitgeteilt, daß er die Einberufung einer Untersuchungskommission des Völkerbundes beantrage, die nach Kintschau geschickt werden soll, um festzustellen, daß japanische Flugzeuge die Stadt Kintschau, wohin sich die chinesischen Behörden von Dresden zurückgezogen hätten, bombardiert und großen Schaden angerichtet hätten. Da Japan sich entschieden weigert, seine Zustimmung zu irgendeiner Art von Untersuchungskommission zu geben, glaubt man in Völkerbundsekreteriatskreisen, daß die chinesische Forderung den morgen zusammentretenden Völkerbundrat vor eine sehr heiße Aufgabe stellt.

Japan hält an seiner bisherigen Anschauung fest, daß direkte Verhandlungen zur Wiederherstellung normaler Beziehungen unternommen werden müßten. Es sei bereit, wenn eine Beruhigung der Gemüter eingetreten sei, in die Eisenbahnzone einzuziehen und die Aufrechterhaltung der Ordnung wieder den früheren Behörden zu überlassen. Es würde auch jederzeit mit bevollmächtigten Vertretern der chinesischen Regierung über die zu ergreifenden Maßnahmen direkte Verhandlungen aufnehmen.

Amerika zitiert den Kellogg-Pakt?

Es wird nötigenfalls unabhängig vorgehen.

Washington, 12. Oktober. Staatssekretär Stimson forderte den Generalsekretär des Völkerbundes telegraphisch auf, für die Beilegung des Streites um die Mandchurei seine ganze Autorität innerhalb seiner Machtbefugnisse zur Anwendung zu bringen. Stimson versichert den Völkerbund der Mitarbeit der Vereinigten Staaten.

Gleichzeitig fügt er hinzu, daß sich die Vereinigten Staaten vorbehalten, im Notfall

Kriegsanklagen Tchangkaijets.

Kantung, 12. Oktober. (Reuter.) In einer politischen Versammlung unterzog General Tchangkaijetsch die chinesisch-japanische Lage einer scharfen Kritik. Er sprach die Hoffnung aus, daß der Völkerbund Maßnahmen treffen werde, um die verwickelte Situation einer Lösung zuzuführen und so

„einen fast unausweichlichen Krieg“ zu verhindern. „Die Gewalt der chinesischen Nationalregierung“, so führt Tchangkaijetsch aus, „wurde bis zum Ausbruch auf eine harte Probe gestellt. Sollte uns der Völkerbund enttäuschen, dann nimmt die chinesische Regierung die ganze Angelegenheit selbst in die Hand“. China respektiere den Kellogg-Pakt und auch den Kellogg-Pakt Antikriegspakt doch wenn der Völkerbund und die Signatäre des Kellogg-Paktes ihre heilige Pflicht nicht erfüllen sollten, dann werde China nicht zögern und in den Krieg zur Verteidigung seiner

Das Lübecker Kindersterben.

Die Schuldigen endlich vor Gericht.

Lübeck, 12. Oktober. In der zum Gerichtssaal umgestalteten Hauptturnhalle nahm heute vormittag vor der Strafkammer unter dem Vorsitz von Amtsgerichtsrat Wibel der Prozeß um das Lübecker Kindersterben seinen Anfang.

Angeklagt wegen fahrlässiger Tötung, bzw. fahrlässiger Körperverletzung sind der durch sein Tuberkulosepräparat bekannte Professor Dr. Dohle, der Leiter des Lübecker Kinderhospitals Prof. Dr. Klotz, der Leiter des Lübecker Gesundheitsamtes Obermedizinalrat Dr. Kliffeldt und die Laboratoriumsleiterin Anna Schöne. Als Verteidiger, bzw. als Rechtsvertreter der als Reklamationer zugelassenen Eltern der verstorbenen Kinder sind nicht weniger als 14 Rechtsanwälte, darunter Professor Alsbach und Dr. Frey-Berlin, aufgetreten. Ueber 40 Jungen werden vernommen und 16 Sachverständige, hervorragende Vertreter der deutschen medizinischen Wissenschaft, gutachtlich gehört werden. Das Reichsgesundheitsamt und andere Behörden sowie die Kreischaft, die Universitäten und die Krankenkassen haben Vertreter entsandt.

Das große Interesse der Öffentlichkeit für den Prozeß zeigt sich auch in der außerordentlich starken Teilnahme der in- und ausländischen Presse, die durch etwa 50 Berichterstatter vertreten ist. Vor dem Gerichtsaal hatte sich eine große Menschenmenge eingefunden, die aber nur teilweise als Zuhörer Zutritt erhalten konnte.

Die Anklage lautet auf fahrlässige Tötung und fahrlässige Körperverletzung bei Anwendung und Durchführung der Calmette-Fütterung. Die Verlesung der Liste der gestorbenen Kinder wurde im Saal mit tiefem Schweigen entgegengenommen. Als erster Angeklagter wurde Obermedizinalrat Dr. Kliffeldt vernommen. Dr. Kliffeldt erwähnte, daß das Reichsgesundheitsamt vor vier Jahren noch von der Calmette-Fütterung abgeraten habe. Die Hygiene des Völkerbundes, die im Oktober 1928 in Genf tagte, sei zu der Überzeugung gelangt, daß keine Gefahr bestehe, der Bazillus könne virulente Tuberkulose erzeugen. Der deutsche Vertreter Prof. Schlotmann habe nach der Tagung einen Be-

auch unabhängig vorzugehen. Schließlich macht Stimson darauf aufmerksam, daß sich die Vereinigten Staaten in diesem Konflikt eventuell auf den Kellogg-Pakt berufen würden.

Zwei amerikanische Beobachter in der Mandchurei.

Genf, 12. Oktober. Der Konsul der Vereinigten Staaten hat dem Generalsekretär des Völkerbundes mitgeteilt, daß der Sekretär der amerikanischen Botschaft in Tokio Salisbury und der Generalkonsul der Vereinigten Staaten in Charkiu Hansen sich im Auftrage des amerikanischen Staatsdepartements nach der südlichen Mandchurei begeben haben, um über die Lage zu berichten. Die chinesische und die japanische Regierung hätten ihr Einverständnis zu der Einberufung der genannten Persönlichkeiten gegeben. In der Mitteilung der amerikanischen Regierung wird ausdrücklich hervorgehoben, daß die Genannten keinen anderen Auftrag hätten als Beobachtungen anzustellen und einen Bericht zu machen.

Japan unnachgiebig.

Tokio, 12. Oktober. (Reuter.) Das Telegramm der Vereinigten Staaten, welches die Möglichkeit einer Intervention Amerikas im mandchureischen Konflikt andeutet, ist hier lebhaft kommentiert worden. Eine Persönlichkeit des japanischen Außenministeriums erklärte, daß Japan auf der Forderung der hundertprozentigen Besetzung der Mandchurei durch Japan beharre, mit anderen Worten

eine Intervention ablehne und die Angelegenheit als eine lokale betrachten wolle, die zwischen China und Japan gelöst werden sollte. Er fügte hinzu, daß fremde Einflüsse Japan lediglich irritieren würden und so den Bemühungen der Regierung, eine Verschärfung der Situation zu vermeiden, Schaden zufügen.

Japanische Waren in Kanton verbrannt

12 Tote bei einem Zusammenstoß mit der Polizei.

Kanton, 11. Oktober. (Reuter.) Studenten drangen in ein Geschäftshaus ein und schleppten Waren, die nach ihrer Ansicht japanischen Ursprungs waren, auf die Straße und schichteten sie hier zu einem großen Haufen auf, den sie im Brand setzten. Die Polizei verbotene die Anführer der Studenten. Die Studenten suchten die Verhafteten zu befreien und bewarfen die Polizei mit Steinen. Die Polizei war gezwungen, von der Feuerwaffe Gebrauch zu machen. Durch das Feuer der Polizei wurden 12 Angreifer getötet und 20 verletzt. Sämtliche Geschäfte in der Umgebung wurden geschlossen und starke Polizeibestimmungen betrafen das Viertel.

Das Lübecker Kindersterben.

Die Schuldigen endlich vor Gericht.

Lübeck, 12. Oktober. In der zum Gerichtssaal umgestalteten Hauptturnhalle nahm heute vormittag vor der Strafkammer unter dem Vorsitz von Amtsgerichtsrat Wibel der Prozeß um das Lübecker Kindersterben seinen Anfang.

Angeklagt wegen fahrlässiger Tötung, bzw. fahrlässiger Körperverletzung sind der durch sein Tuberkulosepräparat bekannte Professor Dr. Dohle, der Leiter des Lübecker Kinderhospitals Prof. Dr. Klotz, der Leiter des Lübecker Gesundheitsamtes Obermedizinalrat Dr. Kliffeldt und die Laboratoriumsleiterin Anna Schöne. Als Verteidiger, bzw. als Rechtsvertreter der als Reklamationer zugelassenen Eltern der verstorbenen Kinder sind nicht weniger als 14 Rechtsanwälte, darunter Professor Alsbach und Dr. Frey-Berlin, aufgetreten. Ueber 40 Jungen werden vernommen und 16 Sachverständige, hervorragende Vertreter der deutschen medizinischen Wissenschaft, gutachtlich gehört werden. Das Reichsgesundheitsamt und andere Behörden sowie die Kreischaft, die Universitäten und die Krankenkassen haben Vertreter entsandt.

Das große Interesse der Öffentlichkeit für den Prozeß zeigt sich auch in der außerordentlich starken Teilnahme der in- und ausländischen Presse, die durch etwa 50 Berichterstatter vertreten ist. Vor dem Gerichtsaal hatte sich eine große Menschenmenge eingefunden, die aber nur teilweise als Zuhörer Zutritt erhalten konnte.

Die Anklage lautet auf fahrlässige Tötung und fahrlässige Körperverletzung bei Anwendung und Durchführung der Calmette-Fütterung. Die Verlesung der Liste der gestorbenen Kinder wurde im Saal mit tiefem Schweigen entgegengenommen. Als erster Angeklagter wurde Obermedizinalrat Dr. Kliffeldt vernommen. Dr. Kliffeldt erwähnte, daß das Reichsgesundheitsamt vor vier Jahren noch von der Calmette-Fütterung abgeraten habe. Die Hygiene des Völkerbundes, die im Oktober 1928 in Genf tagte, sei zu der Überzeugung gelangt, daß keine Gefahr bestehe, der Bazillus könne virulente Tuberkulose erzeugen. Der deutsche Vertreter Prof. Schlotmann habe nach der Tagung einen Be-

Man will bei uns eine neue „Arbeiterversicherung“ einführen.

Da die Erfahrung die Unternehmer und ihre Landstweche davon überzeugen mußte, daß die Arbeiterklasse ihre sozialen Errungenschaften zu verteidigen und zu behüten versteht, so finden sie nun auf andere Mittel, die dazu dienen sollen, die Arbeiterschaft von ihr in harten Kämpfen eroberten gesetzlichen Sozialfürsorge zu entfremden. Unter diesen Mitteln nehmen die von den Unternehmern der Arbeiterschaft empfohlenen „Ersparneinrichtungen“ die erste Stelle ein. In den letzten Wochen ist wieder von einer solchen Ersparneinrichtung, nämlich der sog. Gruppenversicherung der Arbeiter viel die Rede gewesen und da sichere Anzeichen dafür vorhanden sind, daß man mit ihr auch die Arbeiterschaft der Tschechoslowakei beglücken will, erscheint es notwendig, die Sache näher zu betrachten.

Das Wesen dieser Gruppenversicherung besteht darin, daß der Unternehmer seine Arbeiter bei einer Versicherungsgesellschaft auf Ableben versichert. Stirbt ein Arbeiter, so hat die Versicherungsgesellschaft an die Hinterbliebenen den vorher vereinbarten Betrag ausbezahlt. Nun soll zu diesen Versicherungsbeiträgen auch der Unternehmer patriarchalisch einen Teil beisteuern, damit den Arbeitern die Sache schmackhafter wird — und damit vor allem das Band zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber „fester geknüpft“ wird, also die Abhängigkeit der einen von den anderen gesteigert werden kann. Da auch der Anteil des Unternehmers wächst, wenn die Durchschnittsprämie steigt, ist es klar, daß in der Gruppenversicherung schon aus diesem Anlaß allein ein großer Anreiz für den Unternehmer liegt, nur junges Personal zu beschäftigen, die Alten immer rechtzeitig auszuwechseln!

Die erste Forderung, die der Industriearbeiter an jegliche Sozialversicherung zu richten hat, ist das Verlangen, daß sie ihn vom Unternehmer nicht abhängig macht. Seine Ansprüche an die Versicherung müssen dem Einfluß und dem Handeln des Unternehmers vollkommen entzückt sein.

Die Gruppenversicherung ist jedoch für den einzelnen Arbeiter nur solange in Kraft, als er in dem betreffenden versicherten Betrieb arbeitet. Mit dem Verlassen des Betriebes erlischt jeder Anspruch aus dem Titel dieser Versicherung sowohl gegenüber dem Unternehmer als auch gegenüber der Versicherungsgesellschaft. Da kann es etwa sein, daß ein junger Automonteur bei Opel eintritt und dort einige Jahre arbeitet, bis etwa eines Tages eine Verleumdung der Arbeitsbedingungen eintritt. Nun hat der Mann die Wahl: Entweder er nimmt die schlechteren Bedingungen an, oder er verläßt das Unternehmen und verliert damit jeden Anspruch an die Gruppenversicherung, für die er jahrelang eingezahlt hat.

Damit wird die wahre Absicht offenbar, die die Unternehmer mit der Gruppenversicherung verfolgen. Sie soll dazu beitragen, den Arbeiter fester an die Kette zu legen, ihn vom Unternehmer mehr als bisher abhängig zu machen. Es ist das in letzter Zeit in so verschiedenartigen Formen immer wieder auftauchende Bestreben der Unternehmer, die erworbenen Rechte der Arbeiterschaft abzubauen und an ihre Stelle die längst überwundene Wohlthätigkeit des Unternehmers zu setzen, mit der er „seine“ Arbeiter beglücken will, wann und wie es ihm paßt. Wenn die Unternehmer vom sozialen Frieden reden, meinen sie immer die Unterdrückung der Arbeiter. Die Arbeiterschaft hat mit den Werkbundvereinen, Werkwohnungen und Werkssportvereinen unter Patronanz der Unternehmer genug bittere Erfahrungen gemacht, sie verzichtet gerne auf dieses Rudelwerk der Werkerversicherung. Hinter dieser zweifelhaften Versicherungseinführung aus Amerika verbirgt sich aber noch eine viel ernstere Gefahr. In den Vereinigten Staaten hat die Gruppenversicherung nicht nur die Aufgabe, den Arbeitern und Angehörigen die Sozialversicherung zu ersetzen, sondern sie auch von der Sozialversicherung abzudrängen, deren Einführung ein stets größerer Teil der amerikanischen Arbeiterschaft verlangt. Nun soll die Gruppenversicherung auch bei uns Eingang finden, um der Sozialversicherung den Boden abzugraben. Ganz gerne lassen sich die Unternehmer etwas kosten, zahlen sogar dafür Tribut an Amerika, wenn es ihnen gelänge, in die Sozialversicherung Preße zu legen, dieses Rückat der sozialen Errungenschaften zu brechen.

Nun dürfen nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen Lebensversicherungen nur mit Zustimmung des Versicherten abgeschlossen werden. Die organisierte Arbeiter- und Angestellten-schaft wird zu diesen Gruppenversicherungen ihre Zustimmung niemals geben. Sie verweigert sie nicht, weil sie den Wert der Lebensversicherung erkennt, sondern deshalb, weil sie frei und unabhängig vom Unternehmer entscheiden will und sich auch durch die hinterlistigsten Methoden der Gegenseite die sozialen Errungenschaften nicht bedrohen läßt.

Tagesneuigkeiten

Furchtbares Motorradunglück.

Zwei Todesopfer der Motorradfahrer.

Zamstag, den 10. d. M. um halb 4 Uhr nachmittags ereignete sich auf der Straße von Teschen nach Schredenstein, und zwar zwischen den beiden Ortsteilen Nieder-Wehotten und Jakuben ein furchtbares Zusammenstoß zwischen einem mit zwei Personen besetzten Motorrad und einem Personenauto.

Zwei junge Männer aus Reichenberg, und zwar der 24jährige Kontist Emil Reimann und der 23jährige Lithograph Hermann Koberstein fuhren mit dem Motorrad, von Teschen kommend gegen Schredenstein. Sie waren um halb 4 Uhr von Reichenberg weggefahren und hatten die 130 Kilometer weite Strecke in zwei Stunden zurückgelegt. An der Unfallstelle fuhr vor ihnen ein Personenauto und sie wollten bei einer Fahrgeschwindigkeit von mindestens 70 Kilometern diesem vorfahren. Im selben Augenblick kam aus der entgegengekehrten Richtung ein Personenauto mit circa 40 Kilometer Geschwindigkeit angefahren. Im nächsten Augenblick war das Unglück schon geschehen.

Mit furchtbarer Wucht fuhr das Motorrad in das Auto hinein. Der eine Motorradfahrer wurde über das Auto hinweg in den Straßengraben geschleudert, der andere landete am Straßenspor. Beiden wurden die Schädel förmlich zermalm und die Glieder mehrfach gebrochen. Die beiden jungen Männer waren selbstverständlich sofort tot. Das Motorrad wurde vollständig zerkleinert.

Die Insassen des Personenautos, ein Beamter der Firma Schicht-Schredenstein mit seinen zwei Schwestern kamen glücklicher Weise glimpflich weg. Sie hatten zwar alle drei durch die Trümmer der Windschutzscheibe Schnittwunden im Gesicht und an den Händen erlitten, konnten sich aber in häusliche Pflege begeben. Das Auto mußte, schwer beschädigt, abtransportiert werden.

Die beiden Toten wurden in die Friedhofshalle nach Lichtwitz übergeführt.

Eröffnung des Neubaus der Anstalt für Blindensichtende.

Unsere deutsche Blindenschule in Auffig, die schon seit dem Jahre 1918 hervorragende Arbeit auf dem Gebiete der Blindenfürsorge leistete, ist nun eine wichtige Einrichtung reicher geworden. Nach jahrelangen Bemühungen ist es gelungen, durch einen Ausbau die notwendigen Räume für einen Kindergarten zu schaffen.

Am letzten Sonntag fand die Eröffnungsfeier unter zahlreicher Beteiligung aller öffentlichen Korporationen von Auffig, der Organisationen für Blindenfürsorge und einer Reihe anderer Vereinigungen statt. Die Feier wurde mit einem Chor der blinden Kinder „Brüder, reicht die Hand zum Bunde“ eröffnet, worauf der Vorsitzende des Kuratoriums Herr Vizebürgermeister Fischer, die zahlreich erschienenen Gäste begrüßte. Nach ihm sprachen Bürgermeister Dr. Schöppe für die Stadtgemeinde, Vizebürgermeister Gen. Polzli für den Verband der blühenden Selbstverwaltungskörper, Bezirksschulinspektor Gen. Edelman für die Bezirksschulbehörden, Dir. Erben für den Verein deutsche Blindenfürsorge in Böhmen, Oberlehrer Hübnert und zum Schluß Herr Direktor Rauter für die Anstaltsleitung, der warme Dankesworte für alle Mitarbeiter fand. Mit einem von Fr. Fischer gehaltenen und von dem blinden Jüngling Selga Löbel glänzend vorgetragenen Freispruch, fand die Feier ihren Abschluß. Nachher konnten die Teilnehmer an der Eröffnungsfeier die Räumlichkeiten des neuen Gebäudes besichtigen.

Der Neubau ist an den alten Gebäudekomplex der Blindenschule angebaut. Ein massiver Begebau mit Eisenbetondeckenskonstruktion fügt sich an der Ostseite des Hauptgebäudes an. Das neue Gebäude ist mit einem hohen gestrichelten Holzputzputz abgedeckt. Die Höfen der Fußböden sind nach dem bestehenden Gebäude gerichtet, so daß ein ebener Durchgang die Verbindung mit dem bestehenden alten Gebäude ermöglicht. Im Untergeschoss ist eine Lehrerwohnung mit Zubehör sowie Wirtschafts- und Gemütekeller untergebracht. Heizung, Kalt- und Warmwasseranlage sind an die Zentrale im alten Gebäude angeschlossen. Im Erdgeschoß befinden sich die Schlafräume für die blinden Kinder des Kindergartens, ein Spielzimmer, Handfertigkeitsaal und zwei Zimmer für die Aussicht. Im ersten Stockwerk sind die Lehrerzimmer, ein Tagraum, ein Zimmer für die Aussicht, ein Fremdenzimmer und eine Kasse untergebracht, während sich im zweiten Stock die Schlafräume der Kinder, ein Musikzimmer, ein Konferenzzimmer und ein Kabinett für die Aussicht befinden. In allen Geschossen gibt es gleichmäßig und ganz modern eingerichtete Klosettanlagen mit Hochdruckgeleiten sowie Wädern mit kaltem und warmem Wasser. Sämtliche Räumlichkeiten sind direkt belichtet und mit Querverbänken versehen. Die Fußböden sind mit Linoleum auf einer isolierten Unterlage belegt. Breite und helle Treppenhäuser mit Kunststeintreppen verbinden die einzelnen Geschosse miteinander und elektrisches Licht erhellte im Bedarfsfälle sämtliche Räume. Auch eine Schwachstromhaustelefonanlage, Feuer- und Fernsprechanlage und Duplexsignalanlage wurden eingeführt. Vor der Ostseite des Neubaus befindet

Die Indizien mehrten sich.

Kraftspuren in der Hosentasche - Der Kraftsteinkauf in Wöllersdorf.

Wien, 12. Oktober. (AN.) Der Kaufmann Südböher Matzka, auf dem Verdacht laftet, der Urheber des Eisenbahnattentates von Batorbogh zu sein, wurde Sonntag den ganzen Tag über vernommen. Er beharrt dabei, mit dem Attentat in gar keinem Zusammenhang zu stehen. In seiner Wohnung wurde eine Dose vorgefunden, deren Inhalt die charakteristischen gelben Spuren des Kraftsteins aufweist. In dem Materialdepot der Fabrik wurde ferner ein Stück des Zugdrahtes einer elektrischen Taschenlampe gefunden. Dieses Stück Draht wurde mit dem Draht verglichen, der bei der Höllemaschine von Batorbogh als Leistungsdraht diente. Es ergab sich eine auffallende Ähnlichkeit.

Heute hat sich im Sicherheitsbüro der Chauffeur gemeldet, der am 30. Juli um die Mittagsstunde Matzka geführt hat. Der Chauffeur gibt an, daß er an diesem Tage mit Matzka mehrere Fahrten in Wien unternommen, ihn dann zum Hause Hofgasse Nr. 9 gebracht hat und mit ihm nach Lattendorf gefahren sei. Nach kurzem Aufenthalt ging die Fahrt zur Munitionsfabrik nach Wöllersdorf, wo Matzka Kraftstein gekauft hat, das er mit Hilfe des Chauffeurs im Auto verladen. Der Chauffeur hat die Riste agnosziert, die bei Matzka gefunden wurde. Von Lattendorf ging dann die Fahrt nach Blumau, wo wieder eine kleinere Riste, die die Sprengkapseln enthielt, verladen wurde. Matzka hielt es für geboten, dem Chauffeur zu sagen, daß er die Materialien zur Sprengung eines Rauchfanges und für einen Steinbruch in Ungarn benötige. Der Chauffeur wurde mit Matzka konfrontiert, in dessen Person er den Mann erkannte, mit der er am 30. Juli die erwähnten Fahrten gemacht habe.

Teilweises Geständnis.

Wien, 12. Oktober. Wie spät abends mitgeteilt wird, hat Matzka heute abends nach stundenlangem Verhör ein Geständnis abgelegt. Er hat in einer phantastisch ausgeschmückten Erzählung zugegeben, daß er sowohl an dem Attentat bei Via Torbogh die Hilfe geleistet habe. Die Hauptrolle soll eine dritte Person gespielt haben, über die Matzka jedoch noch keine volle Angaben gemacht haben soll. Er habe diesem „Unbekannten“ das Kraft und auch einige Sprengkapseln verschafft. Dies geschah in Kenntnis dessen, daß Kraft und Sprengkapseln für ein Attentat Verwendung finden sollten.

Ein Kinderplanschbecken aus Eisenbeton mit Brausen. Ein Turnplatz mit modernen Turngeräten steht seiner Vollendung entgegen. Der ganze Bau kostet rund 1,3 Millionen Kronen, wovon ein Betrag von 315.000 K auf die Innenausstattung und Einrichtung, die sehr gefällig und zweckmäßig ist, entfällt.

Die Blindenschule hat durch diesen Ausbau eine bedeutende Erweiterung erfahren und ihrer bisherigen Betätigung einen neuen wichtigen Zweig angefügt. Die Erziehung der blinden Kinder im vor- und nachschulischen Alter. An der Westseite des alten Gebäudes soll in fünf Jahren die Blindenwerkstätte entstehen. Erst dann wird die Blindenschule allen Anforderungen, die an eine moderne Blindenfürsorge gestellt werden müssen, gerecht werden können. Die derzeitige Leitung der Anstalt und des Vereines für Blindenfürsorge in Böhmen, denen der jetzige Neubau in der Hauptstadt zu verdanken ist, bürgen dafür, daß auch die Werkstätte in absehbarer Zeit geschaffen wird. Alle, die sonst noch zum Gelingen des Werkes beitragen, haben die volle Genehmigung einer wirklich guten Sache gebietet zu haben.

Zweierlei Maß.

In jeder politischen Versammlung entsendet die staatsführende Polizei ihren Vertreter; der schreibt eifrig mit und wenn sich einige unverantwortliche Studenten ungebührlich benehmen, dann wird zum Schutz des Staates die Versammlung sofort aufgelöst. Es muß sich nur ein Häufchen proletarischer Tramps finden, dann ist die Polizei mit Knüttel und Verhaftungsbefehl sofort zur Stelle; wenn vor einer Fabrik Flugblätter verteilt werden, die als aufregende Keuerung manchmal nur das kommunistische Manifest enthalten, dann kann sich der betreffende Jüngling sofort auf einige Monate Untersuchungshaft gefast machen; und wenn gar der Vorsitzende einer Versammlung den Wünschen des staatsführenden Organes nicht folgt... dann geht die Maschine der Gerechtigkeit sogleich mit erhöhter Tourenzahl los. Aber wenn z. B. eine Autobesitzerin, die nebenbei davon lebt, daß sie den § 144 ad absurdum führt, wenn also die stadtbekannt Frau Drégt aus Prag, deren Annoncen Tag für Tag überall zu sehen sind, einmal angeklagt wird, dann, ja dann „karrt“ die Polizei zwar den Fall auf, aber bei der Strafverhandlung stellt sich plötzlich heraus, daß die Untersuchungsakten fehlen. Einfaß fehlen! Die Jünger können sich plötzlich an nichts erinnern und der Staatsanwältin muß nach diesen bezeichnenden Ereignissen die Angeklagte vom Fleck weg verhaften lassen, damit nicht ähnliche Unfälle der Untersuchung wieder vorkommen!

Das ist die Objektivität, das gleiche Maß, das jedem Staatsbürger zutritt; dasselbe Kommissariat in der Prager Krafauergasse, das so eifrig Tag für Tag seinen Kommissar zu jeder Vereinsversammlung entsendet, weiß nichts davon, was für Annoncen im „Cesko slovo“ erscheinen; von der segensreichen Arbeit einer Frau Drégt spricht die ganze Stadt, sie propagiert ihr „Geschäft“ in Spezialartikeln in fast der gesamten Presse. Man verfolgt jedes arme Ding, das in seiner Verzweiflung vor der Schwangerschaft Dummheiten begeht, aber die sonst so gefeierten, befolgenden Polizei findet hier keinen Grund zum Einschreiten, trotzdem doch die Gesundheit vieler künftigen Kinder durch ungeschickliche Eingriffe sehr bedroht wird. So eine autobesitzende Angeklagte hält halt sein: sie darf in „Bäder“ reisen, man entschuldigt sie, das Verfahren wird so lange in die Länge gezogen, bis die Akten glücklich verloren gehen und erst im letzten Moment muß ein energischer Richter die Sicherheitsbehörden darüber belehren, was Gleichheit vor dem Gesetze ist.

feuere gibt an, daß er an diesem Tage mit Matzka mehrere Fahrten in Wien unternommen, ihn dann zum Hause Hofgasse Nr. 9 gebracht hat und mit ihm nach Lattendorf gefahren sei. Nach kurzem Aufenthalt ging die Fahrt zur Munitionsfabrik nach Wöllersdorf, wo Matzka Kraftstein gekauft hat, das er mit Hilfe des Chauffeurs im Auto verladen. Der Chauffeur hat die Riste agnosziert, die bei Matzka gefunden wurde. Von Lattendorf ging dann die Fahrt nach Blumau, wo wieder eine kleinere Riste, die die Sprengkapseln enthielt, verladen wurde. Matzka hielt es für geboten, dem Chauffeur zu sagen, daß er die Materialien zur Sprengung eines Rauchfanges und für einen Steinbruch in Ungarn benötige. Der Chauffeur wurde mit Matzka konfrontiert, in dessen Person er den Mann erkannte, mit der er am 30. Juli die erwähnten Fahrten gemacht habe.

ten. Das Attentat, so jagte der „Unbekannte“, solle einem Lastzuge gelten. Matzka gab auch zu, zur Zeit des Attentates bei Via Torbogh mit dem „Unbekannten“ in Berlin und Budapest gewesen zu sein. Matzka bestritt jedoch, bei dem Attentate von Jüterbog beteiligt gewesen zu sein. Auch bei dem Attentate von Via Torbogh will er nicht unmittelbar beteiligt gewesen sein.

Nähere Mitteilungen über die Auslagen Matzkas können im Interesse der Untersuchung derzeit nicht gemacht werden.

Ziehung der Klassenlotterie

40.000 K:	81.452
20.000 K:	17.927, 97.512
10.000 K:	23.989, 43.077, 54.111
5000 K:	7.198, 14.294, 18.800, 24.834, 25.312, 28.879, 34.696, 35.713, 35.727, 39.960, 56.757, 63.151, 66.233, 69.781, 73.776, 87.397
2000 K:	222, 2712, 4048, 4423, 6709, 7585, 8061, 8864, 16.292, 17.725, 18.728, 18.773, 21.025, 28.896, 24.638, 24.757, 26.126, 26.183, 27.492, 29.943, 30.493, 32.340, 32.418, 33.454, 38.191, 39.122, 40.806, 42.409, 42.820, 42.831, 44.133, 47.136, 48.317, 48.678, 51.214, 53.310, 53.797, 56.307, 59.060, 61.380, 61.427, 61.972, 62.467, 63.139, 65.606, 67.630, 67.970, 68.960, 69.329, 76.498, 77.265, 77.685, 80.512, 82.267, 83.016, 85.595, 92.161, 92.885, 93.109, 93.358, 94.093, 94.179, 94.733, 96.671, 97.866
1200 K:	7, 891, 1556, 1734, 3659, 4290, 5420, 5512, 5739, 7094, 7543, 7569, 8169, 9123, 9255, 10.351, 10.492, 11.688, 12.255, 12.637, 13.547, 15.308, 16.458, 17.236, 21.182, 23.001, 23.772, 24.413, 24.792, 25.770, 26.010, 26.225, 26.593, 26.739, 27.185, 27.711, 35.566, 36.018, 37.120, 38.166, 38.652, 38.744, 38.960, 39.072, 39.247, 40.272, 40.484, 40.790, 41.184, 43.210, 43.312, 43.788, 45.006, 47.311, 47.743, 50.244, 53.552, 53.642, 55.276, 55.432, 55.497, 56.207, 56.861, 57.321, 58.226, 58.774, 58.777, 59.764, 59.964, 61.072, 62.256, 62.567, 62.768, 63.596, 64.586, 65.096, 65.717, 66.212, 66.349, 67.213, 68.161, 68.300, 70.035, 70.119, 70.735, 71.358, 72.938, 73.868, 73.874, 74.729, 75.932, 76.705, 76.732, 77.045, 77.743, 79.949, 80.238, 80.589, 80.834, 82.305, 83.684, 83.890, 83.418, 86.248, 87.071, 88.316, 88.455, 88.660, 88.814, 88.994, 89.185, 89.345, 90.070, 90.581, 91.305, 94.308, 95.195, 95.737, 96.195, 96.278, 99.430, 99.979

Lodesopfer des Straßenverkehrs. Montag, den 12. d. M., in den frühen Morgenstunden, ereignete sich in Restonitz in der Elbtalstraße zwischen Ueberfuhrhaltestelle und der Endstation der Straßenbahn ein folgenschwerer Unfall. Der 23jährige ledige Arbeiter Josef Vastel aus der Krafauer Gegend, der sich in munterlich angeheitertem Zustand befand, fiel auf die Geleise der Straßenbahn, als eben ein Wagen herangefahren kam. Der Wagen konnte nicht mehr gebremst werden, so daß der Körper des Unglücklichen ein Stück mitgeschleift wurde und schließlich furchbar verblutet liegen blieb. Vastel wurde in die Totenhalle nach Mosera überführt.

Betrugsfall. In Koblentz ist die Staatsanwaltschaft einem Riesenbetrugsfall, an dem etwa 50 Beamte der Reichsbahn beteiligt sind, auf die Spur gekommen. Es sollen falsche Rechnungen aufgestellt worden sein, in denen für nicht geleistete Dienste hohe Beträge eingekassiert wurden, die dann von den Beteiligten bei den Rechnungstellen eingezogen wurden. Die Durchforschungen sind zum Teile verjährt. Der beteiligte Expedient ist vorläufig verhaftet worden.

Ein sozialistisches Blatt läßt den Staat pfänden. Da der polnische Staat zur Entschädigungleistung für den Krafauer sozialistischen „Kaprjod“ wegen mehrerer zu Unrecht erfolgter Presseverfahren verpflichtet ist und diese Entschädigung nicht leistete, hat der Verlag dieses Organs sich zu einem scharfen Schritt entschlossen: Der Rechtsvertreter des „Kapryod“ stellte beim Gericht den Antrag, ein dem Fiskus gehöriges Haus in Krafau in Zwangsverwaltung zu nehmen. Das Gericht gab diesem Antrag statt. Es wurde also ein gerichtlicher Verwalter eingesetzt, der so lange die Mieten einzuziehen und dem Verlage des „Kapryod“ zuführen sollte, bis dessen Ansprüche an den Staat befriedigt sind. Unterdessen hat sich die polnische Regierung die Sache überlegt und gezögelt.

Die Explosionskatastrophe in Gdingen hat insgesamt 17 Todesopfer gefordert.

Vom Rundfunk

Empfehlungswertes aus den Programmen.

Wittwoch:

Prag: 11: Schallplatten, 17:10: Marionetten-Theater, 18:25: Deutsche Sendung: Jugendstunde, Arbeiter-Sendung: Edwin Janeschel Prag: Rundfunkmusik und Arbeiter-Schau, 19:30: Orchesterkonzert, 21:30: Klavierkonzert. - Brunn: 18:25: Deutsche Sendung: Arbeiter-Sendung: Lorn: Josef Seliger, ein Lebensbild, 21:30: Konzert. - Preßburg: 12:35: Orchesterkonzert, 17:15: Schallplatten, 18:20: Klavierkonzert, 21: Orchesterkonzert. - Berlin: 20:30: Lauber singt sein Amerikaprogramm. - Hamburg: 16:30: Norddeutsche Kompositionen. - Leipzig: 20: Sächsischer Humor. - München: 19:30: Klavierkonzert. - Koflau: 19:30: Konzert.

Bärenjagd in Karpathenland. In den Wäldern bei Bobdan in der Cerna Hora wurde der erste Bär in diesem Jahre erlegt. Die Haut des erlegten Tieres mißt 180 Meter. Bauern und Touristen melden, daß im tiefen Schnee der Karpathenwälder zahlreiche Bärenspuren bemerkbar sind. In den staatlichen Wäldern des Bezirkes Rahovo wird in der nächsten Zeit eine große Bärenjagd veranstaltet werden.

Heirat im Gefängnis. Eine junge Ledige aus angeheuer römischer Familie heiratete im Gefängnis von Turin einen zu vielen Jahren Kerker verurteilten Gutswertwaller namens Cavalitto - ihre Hoffnung ist, daß Cavalitto vielleicht trotz seiner hohen Strafe begnadigt wird. Als die Ehefrau Cavalitto kennen und lieben lernte, war ihr von seinem Vorleben nichts bekannt. Sie wußte nicht, daß Cavalitto als Kommunalfunktionär einer kleinen Stadt vor mehr als 20 Jahren, blutjung noch, große Betrügereien an der Stadtkasse begangen hatte und deshalb zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Cavalitto gelang damals die Flucht; er lebte freilich unter anderem Namen; mit der geübten Keife wurde er ein ordentlicher Geschäftsmann. Es gelang ihm, bis eine neue Erfindung zu schaffen; in den letzten Jahren war er Verwalter auf einem Landgut. Dort war es auch, wo er die junge Ledige kennen lernte, die sich in dem um 20 Jahre Älteren verliebte. Aber wegen dieser Liebesbeziehungen und der häufigen Besuche der Ledigen wurde er entlassen. Er hatte ihr die Heirat versprochen, er wollte sein Versprechen halten. Cavalitto wußte jedoch nicht, wie er den standesamtlichen Akt vollziehen sollte, ohne seine Vergangenheit zu verraten. In seiner Verzweiflung floh er wieder. Die Frau und ihre Familie taten alles, um ihn aufzufinden. Das Glück, das sie bei diesem Bemühen hatten, war sein Unglück; in Turin wurde Cavalitto als der vor 20 Jahren geflüchtete Kommunalfunktionär erkannt und verhaftet. Alle Befreiungen zweier Jahrzehnte nützte nichts. Es wurde dekretiert, daß Cavalitto die vor Jahren versagte Strafe abzubüßen habe. Die junge Lehrerin ließ trotzdem nicht von ihm ab. Sie heiratete ihn im Gefängnis. Es war eine traurige Hochzeit, aber ein Triumph der hohen Liebe.

Riefenprozeß um den Abtreibungsparagrafen. Am 14. Oktober beginnt vor dem Schwurgericht in Krefeld ein sich über mehrere Tage erstreckender Prozeß gegen den Krefelder praktischen Arzt Dr. med. Herbert Selo. Die Anklage lautet auf vielfaches Vergehen gegen den § 218. Das Ermittlungsverfahren dauerte ein ganzes Jahr lang; zweimal war Dr. Selo in Untersuchungshaft. Im zweiten Fall erfolgte die Entlassung erst nach einem zwölfstägigen Hungerstreik des Angeklagten. Der Untersuchungsrichter führte das Ermittlungsverfahren mit außerordentlicher Schärfe durch; die Rathhotel des Angeklagten wurde beschlagnahmt, ebenso nahm das Gericht Einsicht in die beim Arztverein Krefeld und bei den zuständigen Krankenhäusern geführten Aufzeichnungen über die von Dr. Selo in den letzten drei Jahren durchgeführten Behandlungen und schließlich wurden Selos Telefongespräche und Briefräume überwacht. Mehrere Frauen, von denen das Gericht glaubte, daß Dr. Selo Abtreibungen bei ihnen vorgenommen habe, wurden zeitweilig in Haft genommen. Das vom Gericht zusammengebrachte Material ist sehr umfangreich. Trotzdem hat der Angeklagte nur eine Woche Frist zur Erklärung auf die Anklageschrift erhalten. Ein Antrag der Verteidigung auf Verlängerung der Erklärungsfrist wurde vom Gericht abgelehnt.

13.000 Lehrer ohne Geld! In Chicago haben 13.000 Schullehrer seit dem 1. April kein Gehalt mehr bekommen. Bei der katastrophalen Finanzlage der Stadt besteht vorläufig keinerlei Aussicht auf Aenderung dieses Zustandes.

Ein Millionvermögen im Rod einer Lotterienähel. Vor einigen Tagen starb in New York die Witwe Wood, die lange Jahre hindurch einsam in einem Hotel lebte. Bei der Durchsichtung ihres Nachlasses fand ihr Neffe in einer Geheimtasche des Rods 50 Banknoten zu je 10.000 Dollar (insgesamt etwa 17 Millionen Kronen). Die Banknoten sind sehr alt und ausgebleicht und die Zeichnungen sehr verblasst. Nach ihrem ganzen Aussehen dürften sich die Banknoten in dieser Lage seit etwa 1907 befunden haben. Die Banknoten sind jedoch gültig.

PRAGER ZEITUNG.

Verhängnisvolle Folgen eines falschen Alarms. Am Sonntag abends wurde in der Rettungstation des Roten Kreuzes in Brünn die Meldung erteilt, daß auf der Straße bei Bohrlitz ein Automobilunglück geschehen sei. Die Rettungstation entsandte drei ihrer Sanitätsautos, die jedoch an der bezeichneten Stelle nichts vorfanden. In dem Augenblick kam das Rettungsauto der deutschen freiwilligen Feuerwehr in Brünn mit Schnelligkeit angefahren, um die angeblich durch ein Automobilunglück verursachte Straße freizumachen. Der Lenker dieses Wagens konnte in der großen Schnelligkeit nicht rechtzeitig abbremsen und fuhr in die Autos des Roten Kreuzes hinein, wobei er eines zertrümmerte. Hierbei wurde der Chauffeur des Roten Kreuz-Autos Wenzel Merunka so schwer verletzt, daß er in bewußtlosem Zustande in ein Brünnner Krankenhaus geschafft wurde, wo er Montag früh starb.

Fünf Tote bei einem Autounglück. Ein mit vier Personen besetzter Kraftwagen und ein Motorrad, auf dem sich zwei Personen befanden, kollidierten Sonntag nachmittags bei Raasditz (Grafschaft Kent) in voller Fahrt aufeinander, überschlugen sich und gerieten in Brand. Den Augenzeugen der Katastrophe gelang es, einen Verunglückten mit lebensgefährlichen Brandwunden zu bergen. Die anderen fünf, durchwegs junge Leute unter 21 Jahren, kamen in den Flammen um.

Der Papst ernstlich erkrankt? Die Pariser Blätter bringen die Nachricht einer privaten Agentur aus Rom, derzufolge der Papst neuerlich erkrankt sei und sich einem operativen Eingriff unterziehen müsse.

Unterstellungen eines Steuerbeamten. Der 56jährige Steueramtsdirektor Franz Grafenberger in Brud an der Leitha, ist Samstag verhaftet und dem Landesgericht in Wien eingeliefert worden, weil er ihm übertrante Antezedens in der Höhe von 2.000 Schilling unterschlagen hat. Grafenberger war seit 14 Jahren Leiter des Steueramtes. Seine Verfehlungen reichen bis in das Jahr 1924 zurück.

Ein gutes Rezept zur Flucht aus dem Gefängnis. Im Monate September l. J. wurde aus der Strafanstalt in Borch nach Abführung einer 18monatigen schweren Kerkerstrafe der 36 Jahre alte professionelle Räuber Franz Janner aus Dörfling bei Hohenfurth entlassen. Er lebte neuerdings in die Südböhmischen Dörfer zurück, wo er von neuem Verbrechen boging. In den vergangenen Tagen wurde er jedoch auf dem Wege aus Budweis nach Krummauer gefaßt und nach seiner Verhaftung in die Haft des Krummauer Gerichtes eingeliefert, wo er bei einem Verhöre etwa 10 Diebstähle einbekannte. In der Untersuchungsphase versuchte er die Fenster seiner Zelle und verschluckte die Glasplitter, worauf es ins Budweiser Krankenhaus gebracht wurde und einer Operation unterzogen werden sollte. In der Nacht gelang es ihm dann, bloß dürrig bekleidet, zu entfliehen.

Kalenderreform. In Genf wurde am Montag die Vierte Internationale Verkehrskonferenz eröffnet. In der ersten Woche wird über die Frage der Stabilisierung der beweglichen Feiertage, insbesondere über die Pfingst- und Ostersiertage und über eine Kalenderreform verhandelt werden.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Statistik der Bergarbeiterlöhne für das Jahr 1930. Das Statistische Staatsamt veröffentlicht in Nummer 113-115 seiner „Mitteilungen“ die Erhebung über die Bergarbeiterlöhne für das Jahr 1930. Diese Nummer bringt Angaben über die Zahl der Grubenbetriebe und Gebiete, über die Zahl der versäumten Schichten, über die Durchschnittszahl der Arbeiter in den verschiedenen Betrieben, über die Arbeitslöhne in Grundzahlen und Prozentsätzen sowie über die Sozialversicherung der Arbeiter. Die Veröffentlichung bietet eine Uebersicht über einige charakteristische Daten der Bergarbeiterlöhne für die Jahre 1925 bis 1930. Vorstehende Nummer der „Mitteilungen“ ist durch sämtliche Buchhandlungen bei der Fa. Burfil & Rohoni, Prag II, Bäckersk nám., zum Preise von 3 K zu beziehen.

Ihr könnt noch einige mitnehmen . . .

Es war einmal an einem schönen Sommermorgen, als ich noch nicht von jahrelanger Arbeitslosigkeit zermürbt und abgestumpft war, da kam ein guter Freund zu mir, der ebenfalls auf unbestimmte Zeit beurlaubt war, und fragte, ob ich nicht mit ihm auf Arbeitssuche gehen wolle.

Ja, sagte ich, ich habe zwar erst gestern einige Buben erfolglos abgeknipst, aber man muß es eben immer wieder versuchen, vielleicht haben wir heute Glück. Und dann zogen wir beide los.

Wir gingen altvertraute Straßen und kamen in das Fabriksviertel. Früher waren wir meistens bis hierher mit der Strahenbahn gefahren und auch die Straße bis zur Fabrik hatten wir immer eilig durchschreiten müssen, damals war ja Zeit noch Geld und der Werkmeister zog ein finsternes Gesicht, wenn man eine Minute zu spät kam. Grimmige Gesichter haben wir zwar heute auch genug, wenn wir durch die Fabriksorte gingen, doch um unser Kommen sorgte sich niemand mehr, vielmehr waren alle Chefs und Hausmeister bemüht, uns so schnell als möglich wieder los zu werden.

„Nein, es ist leider nicht frei,“ sagte der erste Portier, uns ein wenig mitleidig betrach-

Das „Prager Montagsblatt“ schweigt. Die Geschäftspraktiken der Firma Fischer & Glaser.

Das „Prager Montagsblatt“ äußert sich mit keiner Silbe zu den Beschuldigungen, die wir gegen seine Geschäftspraktiken erhoben haben. Das Schweigen kann nur ein Eingeständnis bedeuten. Man kann neugierig sein, was die deutsche Presse Prags zu dem Fall sagen wird, daß der Filmmittler einer Zeitung sich unwiderrspöchen nachsagen läßt, daß der Insatentagenten unter Hinweis auf erschienenen und noch zu gewärtigende gute Kritiken auf Inseratenslang scheidet, daß er dem Vertreter einer Filmfirma, die er zunächst angegriffen hatte, sagen läßt, er möge aus seiner Privatkapitale den geforderten Betrag spendieren. Es wäre auch unserer Justiz zurüglich, und es würde das Vertrauen zu ihr erhöhen, wenn der Staatsanwalt den Fall einmal in aller Ruhe studieren würde, hat seine Tätigkeit auf die Verfolgung von nie getragenen Hasser-Uniformen zu beschränken!

Eine für die Geschäftspraktiken der Firma Fischer bezeichnende Kleinigkeit teilt uns derselbe Gewährsmann mit, der uns die Vorkläre mit der Metro-Goldwyn schriftlich bezeugt hat: Er hat als Akquisitor dem „Montagsblatt“ ein Legitimierat der Fa. Vagus gebracht. Das war Ende August. Herr Fischer lebte den Auftrag ab, da ihm der vereinbarte Preis (8 K für den Millimeter Colonzelle) zu gering war. Er konnte nur bei 10 K abschließen. In der letzten Ausgabe des Blattes erscheint nun das Inserat. Wahrscheinlich war wieder der junge Herr Fischer bei der Firma, hat den von einem anderen vorbereiteten Auftrag formell quittiert und die Provision bleibt nach der angeblich vom Obersten Gerichtshof ausgerechnet für die Praktiken des Herrn Fischer getroffenen Entscheidung in der Familie. Belesso en miniature . . . Ob Prag sich das solange gefallen läßt, wie sich Wien den Belesso gefallen ließ?

Motorisierte Exekutionen. Das Prager Exekutionsgericht hat für die Exekutionsorgane (Gerichtsvollzieher) ein Motorrad mit Beiwagen in Dienst gestellt, um den Vollzug der Pfändungen zu beschleunigen. Bei der stets wachsenden Zahl der Zwangsvollstreckungen, die sich wiederum aus der immer mehr um sich greifenden Not aller Bevölkerungsschichten ergibt, waren die Gerichtsvollzieher ihren Aufgaben nicht mehr gewachsen. Angeblich steht die Anschaffung weiterer Motorfahrzeuge für diese Verwendung bevor.

Neue Verkehrsampeln sind an mehreren Straßenkreuzungen in Aufstellung begriffen. Das Lichtsignal an der Kreuzung Postř - Lesnõv (Denisbohnhoř-Florenz), wo nach der Regulierung des Florenz sehr starke Frequenz einkehrt, steht bereits. Wie wir erfahren, werden nun folgende Semaphore errichtet werden: beim Rusen m, an den Kreuzungen Postř - Ritzergasse (Majarskõhahõhõ), Straße des 28. Oktober - Brennweggasse, ferner beim Nationaltheater und am Platz der Republik.

Weiße Stöcke für Blinde in Groß-Prag. Die jüngere Wirtschaftslage nötigte fast alle erwerbsfähigen Blinden, wie Musik- und Sprachlehrer, Berufsmusiker, Klavierspieler, Masseure und Wafferrinnen, Fabrikarbeiter zum Alleingehen, da nur wenige soviel verdienen, um sich einen Begleiter halten zu können. Deswegen tragen die Blinden verschiedener Länder verschiedene Verkehrsabzeichen, um die Wagenlenker und mitleidige Menschen, die gerne den alleingehenden Blinden hilfsbereit zur Seite stehen, auf ihr Gebrechen aufmerksam zu machen. Die Blinden der Tschechoslowakei haben laut Beschluß ihrer größten Selbsthilfeorganisation, des Unterstützungsvereins der selbständigen Blinden für die GDR., seiner deutschen Abteilung in Auffig, der märkisch-schlesischen Abteilung in Brünn und der Musiker- und Frauensektion, die Einführung weißer Stöcke

als Verkehrsabzeichen für alleingehende Blinden angenommen. Die Vertreter des Unterstützungsvereins der selbständigen Blinden für die GDR. in Prag und der tschechosl. Zentralblindenfürsorge haben das Verkehrsamt der Prager Polizeidirektion besucht, welches die Einführung weißer Stöcke für Blinde für Groß-Prag in den nächsten Tagen amtlich verordnen wird. Auch dem Ministerium des Innern wurde eine Denkschrift darüber unterbreitet. Die obigen Vereine bitten die Wagenlenker und alle mitleidigen Mitmenschen, diese Bekanntmachung gütigst zur Kenntnis nehmen zu wollen und fordern die großen Städte sowie auch alle Bezirke unserer Republik auf, „den weißen Stock“ auch in ihrem Wirkungsbereich als Verkehrsabzeichen für Blinde einzuführen zu wollen.

Gerichtssaal

Kommunistischer Unflut. Raßtlänge zur Wahlkampagne.

Prag, 12. Oktober. Es bedarf keiner langen Darlegungen darüber, mit welchen Mitteln der Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie geführt wurde. Es entspricht nur dem Wesen der kommunistischen Kampfmethode, daß sie sich nach Kräften bemühte, alle Ordinarität der Reaktion noch in den Schatten zu stellen. Ihre ureigenste Domäne ist die gemeine Anstänzerung fahrender Persönlichkeiten. In welcher Weise solche Verleumdungen fabriziert werden und wie die Angreifer noch jedesmal Abbitte geleistet haben oder wegen unbegründeter Erbschneidung verurteilt wurden, ist ja zur Genüge bekannt.

Gegenwärtig wird eine besonders krasse Infamie dieser Revolutionsart verhandelt, deren größte Schreier den skandalösesten Schammarkt für den Sabismus überfressener Richtstörer veranstalteten. Genosse Dr. Soukup hat eine siebenfache Verleumdung überreicht, die sich gegen das bolschewistische Hauptorgan „Rudi Pravo“ richtet, sowie gegen alle Zeitungen, die die Verleumdung abgedruckt haben. Es wurde in der Woche vor den Gemeindevahlen in diesem Pressezeugnis die Nachricht verbreitet, daß dem Gen. Dr. Soukup nahezu drei Viertel Millionen Kronen an Steuern abgeschrieben wurden und er also aus öffentlichen Geldern ein horrendes Geschenk erhalten habe.

Bei der Ausgleichsstagung, die nach dem Pressegesetz vorgeschrieben ist, erklärte Dr. Soukup, unter keinen Umständen irgendeinem Vergleich zuzustimmen, oder irgendeine Ehrenerklärung anzunehmen. Er ist vielmehr mit Rücksicht auf die besondere Krappheit des Falles entschlossen, den Prozeß bis zur Verurteilung der Beklagten durchzuführen, um den Bürgenfeldzug dieser Leute und dessen skandalöse Methoden einmal öffentlich festzustellen. Die Verhandlung wurde kurzfristig vertagt.

Drei Sportsleute.

Prag, 10. Oktober. Herr Kõzelõh ist ein Tennismeister, der hierzulande große Ehren genießt. Herr Kõzõmberk ist ein bekannter Ringkämpfer und Herr Dr. Janstõ ein guter Amateurbogner, der in Kreisen des „edlen Sports der Selbstverteidigung“ wohlbekannt ist. Der Ringkämpfer geriet in dienstliche Meinungsverschiedenheiten mit dem Tennishampion (im Zivilberuf ist ersterer Kellner), und Dr. Janstõ, der in der Gesellschaft des Herrn Kõzelõh sah, griff ein. Am Nachhastgesetz fand die Szene ihre Fortsetzung mit einem gut klingenden „Kinnhaken“, der seitens des Herrn Doktors dem Ringkämpfer Kõzõmberk verabreicht wurde. Es war vielleicht eine erstklassige sportliche Leistung, aber der Betroffene hatte nur wenig Freude daran, denn er erlitt bei dieser Gelegenheit einen Riesenbruch. Die Sache trug sich im August des Vorjahres zu, aber die Anklage wegen „schwerer Körperverletzung“ wurde seinerzeit vertagt, weil sich der borgewandte Angreifer auf einige Zeugen berief, die ihm bestätigen sollten, daß er auf dem Heimweg von dem Beschädigten angegriffen worden sei. Allein die Zeugen konnten wenig Bestimmtes über den Vorfall aus-

erhalten in den letzten Tagen zahlreiche Indfahrten, die nicht ohne Licht fuhren. Sollten Sie sich heute noch in einem Fachgeschäft Fahrraddiampfen lassen? Sie werden heil, vernünftig und kosten nicht viel vergessen Sie nicht!

Defraudationen in der Kommerzialbank.

183.000 K.
Prag, 12. Oktober. Heute wurde vor dem Senat des ODR. Kaiser der ehemalige Beamte der Böhmischen Kommerzialbank Heinrich Sobisch angeklagt. Er hatte durch vier Jahre Zeheds eingekassiert und das Inkasso eingestellt. Er war mit 24 Jahren mit der Agenda der Zehedsabteilung betraut worden. Wie es ihm technisch möglich war, durch volle vier Jahre diese Unterschlagungen fortzusetzen und es auf einen Gesamtbetrag von 183.000 Kronen zu bringen, ohne daß es an höherer Stelle bemerkt wurde, erklärte er selber nicht.

Sein Lebenswandel war danach. Eine verheiratete Frau, die er mit Luxus überschüttete, der er ein Reitpferd kaufte, kostbare Juwelen schenkte u. dgl., ließ sich um seinetwillen von ihrem Mann scheiden, um — ihn sofort zu verlassen, als sie merkte, daß die Quellen versiegen. Heute besitzt er nicht einen Heller mehr und sitzt in einem mehr als schäblichen Mantel vor dem Gericht.

Er war voll geständig, versuchte aber einen sonderbaren Widerungsgrund geltend zu machen: „Ich kann nicht normal sein, sonst hätte ich nicht so gestohlen.“ Das Gericht ließ sich aber in dieser Hinsicht auf keine Verhandlungen ein und meinte im Gegenteil, seine Handlungsweise zeige von beträchtlicher, allerdings über angewandeter Intelligenz.

Er bekam 15 Monate und wurde zum Ersatz des Schadens verurteilt. Wie er das anfangen soll, bleibt dahingestellt. — Der junge Mann verfügt, wie so viele seinesgleichen, weißflos aber „privatwirtschaftliche Initiative“. In der Inflationzeit wäre er vielleicht Bankrott geworden.

Kunst und Wissen

Das neue Abonnement und der Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.

Das neue Abonnement beginnt am 21. Oktober 1931. Den Viertelabonnenten werden in der neuen Spielzeit nur 22 Vorstellungen zugeweiht. Weitere 12 Vorstellungen kann der Abonnent in freier Wahl unter den Abonnementvorstellungen aller Serien sowie fast allen Vorstellungen der Kleinen Bühne einschließlich der weichen Premieren besuchen. Am Interesse der Abonnenten wird in diesem Jahr auch eine Anzahl Gastspiele im Abonnement stattfinden, ferner erhalten die Abonnenten 20 Gutscheine mit einer 15prozentigen Ermäßigung, die für alle Vorstellungen in beiden Theatern gültig sind, auch für die Reiseaufführungen usw. Des weiteren wird den Abonnenten ihr Bezugsrecht bereits in diesem Jahr vor dem allgemeinen Verkauf eingeräumt, so daß sie sich in ihrer Platzgruppe die besten Plätze sichern können.

Das Repertoire der neuen Spielzeit bringt in der Oper als Revüden, die in Prag ungeschätzt geschätzt werden, „Das Herz von Bismarck“, „Die Bürgschaft“ von Weill, „Die schalkhafte Witwe“ von Wolf-Ferrari, „Spur im Schloß“ von Kriela. Als nächste Neuenstudierung in vollkommen neuer Ausstattung ist Richard Wagners „Lohengrin“ vorgesehen. Weiterhin werden Neuenstudierungen von „Don Giovanni“, „Hugenotten“, „Waldschütz“, „Manon Lescaut“ und „Elektra“ stattfinden. Besonderes Interesse dürfte „Der Zigeunerbaron“ mit Opernbesetzung finden. Auch sonst soll die Oper-

tend. Wir gingen dankend weiter. Wenn wir auch eine Abgabe erhalten hatten, so war sie doch mit freundlichen Worten geschehen und das ließ uns den Misserfolg eigentlich nicht zum Bewußtsein kommen. Beim zweiten Tor konnten wir uns das Eineingehen ersparen. Ein großes Plakat verkündete, daß das „Nachsuchen um Arbeit unnötig sei“, da alle notwendigen Arbeitskräfte vom Bezirksamt angefordert würden. So ging es ein drittes und ein viertes Mal, immer war das „Nachfragen unnötig“.

Beim nächsten Betrieb war das Tor geöffnet, schnell schlüpfen wir hinein, doch auf dem Fabrikshof war es so sonderbar ruhig und einsam, wie im Dorntroschenschlaf lagen die Gebäude da und eine große Tafel, hoch oben angebracht, verkündete, daß diese Fabrik „zu verkaufen oder zu verpachten sei“. Auch Werkzeugmaschinen konnte man hier kaufen, sagte eine kleinere Tafel. Es war ein trostloses Bild und wir gingen weiter.

„Was, Arbeit wollt ihr,“ murmelte der Portier beim nächsten Fabrikstor, „nicht einmal Federnschleichen könnt ihr, wenn ihr gleich wollt“, und schlug uns die Tür vor der Nase zu.

So gingen wir von Tor zu Tor, von einer Straße in die andere; überall das gleiche Bild: verschlossene Türen, bedauernde Worte, nichts sagende Bertröstungen auf spätere Zeit. Je höher die Sonne am klaren Sommerhimmel emporstieg, desto tiefer sank unser Mut. Einmal

gelang es uns an der Tür eines Werkfaales, den Chef zu erreichen. „Tut mir leid“, sagte er, „vor eine Woche haben wir die jüngeren Leute entlassen müssen und haben immer noch zuviel hier, ihr könnt jeder noch einige mitnehmen“.

Nach diesem Bescheid haben wir damals unsere Wanderung abgebrochen. Ja, er hatte Recht. Überall waren Menschen zuviel, überall konnte man welche mitnehmen, wenn man wollte. Aber man wollte nicht, die Ware Mensch war tief im Preise gesunken, so tief, daß selbst zu dem niedrigsten Angebot sie niemand haben wollte. Es hand wirklich nicht mehr dafür, Mensch und Arbeiter zu gleicher Zeit zu sein.

So kamen wir denn an diesem schönen Sommertag müde und enttäuscht nach Hause. Damals konnten wir noch enttäuscht sein, heute sind wir es nicht mehr. Heute haben wir uns fast daran gewöhnt, übrig zu sein. Wir sind hart geworden und abgestumpft. Seltener fragen wir irgendwo um Arbeit an, wir wissen ja, daß man immer noch welche mitnehmen kann. Und erhalten wir dann wieder eine ablehnende Antwort, so bewegt uns das gar nicht mehr. Wir fühlen uns nicht besonders unglücklich, nur manchmal, wenn wir das Glück und das sorglose Leben der anderen sehen, steigt ein bitteres Gefühl in uns auf und wir versuchen eine Welt, die lebendige Menschen wie ubriggebliebene schlechte Ware behandeln darf.